

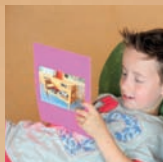
PÄDAGOGISCHE HANDREICHUNG



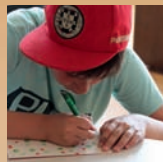
Partizipation- von Beginn an



Kinder von
Anfang an
beteiligen



„Die Kinderstube
der Demokratie“



Partizipationsprozesse
der SEA Päiperlék
Junglinster auf
dem Prüfstand



Zum Umgang
mit Macht in
Kindertagesein-
richtungen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Kinder von Anfang an beteiligen. Partizipation in Kindertageseinrichtungen. <i>Raingard Knauer</i>	4
2. „Die Kinderstube der Demokratie“ als ein Beispiel von Partizipation in den SEA <i>Claude Bodeving</i>	9
3. „Ich weiß schon selbst was ich draußen anziehen muss...!“ Partizipationsprozesse der SEA Päiperlék Junglinster auf dem Prüfstand <i>Tanja Tarrach</i>	18
4. Zum Umgang mit Macht in Kindertageseinrichtungen <i>Raingard Knauer; Rüdiger Hansen</i>	32
5. Anhang	40
5.1. Hinterfragen der eigenen Haltung und der des Teams	
5.2. Partizipation als Stufenmodell	
5.3. Prüfsteine zur qualifizierten Partizipation	
5.4. Autoren	

Impressum

Editor Service National de la Jeunesse **Photos** SEA Päiperlék Junglinster
Layout und Realisation reperes.lu **Erscheinungsjahr** 2015

Vorwort

Während der zweiten nationalen Konferenz zur non-formalen Bildung im Kinder- und Jugendbereich (28. November 2013) wurden zu dem Themenbereich „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ mehrere Konzepte und Praxisbeispiele näher beleuchtet und diskutiert. Das Projekt „Kinderstube der Demokratie“, entwickelt vom Institut für Partizipation und Bildung e.V., wurde von Prof. Dr. Rainard Knauer vorgestellt und fand bei den Pädagoginnen und Pädagogen der Kindertageseinrichtungen besonders starke Beachtung.

Das Ziel der vorliegenden pädagogischen Handreichung ist es deshalb dieses Konzept näher zu erläutern und einige Überlegungen zur konkreten Umsetzung in Luxemburg praxisnah darzustellen. Der Beitrag von Rainard Knauer „Kinder von Anfang an beteiligen“ (Vortragsbeitrag der obengenannten Konferenz) beschreibt kurz das Konzept, die hiermit einhergehenden Fortbildungen und die Erarbeitung einer Kita-Verfassung.

Im Jahre 2014 gingen die Verantwortlichen der Maison Relais Päiperlék (MR Junglinster) auf den Weg „Kinderstube der Demokratie“ in ihrer Struktur umzusetzen. Wie vom Konzept vorgesehen, wurde dies von Fortbildungen für das pädagogische Fachpersonal der SEA (service d'éducation et d'accueil) und von einem externen Coaching der Projektentwickler begleitet. Tanja Tarrach schildert in ihrem Bericht die gesammelten Erfahrungen, Vorgehensweisen und Hürden. Weitere Überlegungen zu dem Partizipationsanspruch und zur Umsetzung des Konzeptes „Kinderstube der Demokratie“ findet der Leser im Beitrag „Kinderstube der Demokratie als Beispiel von Partizipation in den SEA“.

Während des Modellprojektes, insbesondere während den Fortbildungen, hat sich schnell herausgestellt, dass das Thema „Macht“, d.h. das Verständnis von Macht und der Umgang mit Macht, für den konkreten pädagogischen „Partizipationsalltag“ von zentraler Bedeutung ist. Aus diesem Grund wird in der vorliegenden Handreichung der Beitrag „Zum Umgang mit Macht in Kindertageseinrichtungen“ erneut veröffentlicht (erste Veröffentlichung in der Zeitschrift TPS 8/2010 / Friedrich Verlag).

Mit dieser Handreichung möchte das Ministerium für Bildung, Kinder und Jugend und der Service National de la Jeunesse die pädagogischen Fachkräfte dazu anregen sich mit dem Konzept „Kinderstube der Demokratie“ als ein möglicher Weg der Partizipationsförderung auseinanderzusetzen. Neben der Darstellung dieses konkreten Konzeptes zielt die Veröffentlichung jedoch auch darauf ab, die Bedeutung der Partizipation von Kindern in außerschulischen Bildungsorten (SEA, Kita) allgemein in den Vordergrund zu stellen und mögliche Wege der Umsetzung zu beleuchten. Die Umsetzungsschwierigkeiten sollen dabei nicht ausgeblendet werden: vielmehr geht es darum zu zeigen, dass eine nachhaltige Verankerung von Partizipation nicht von heute auf morgen realisiert werden kann. Die gemeinsame Auseinandersetzung des gesamten pädagogischen Personals einer SEA mit dem Konzept der Partizipation, mit den Anforderungen an die Fachkräfte, der Wirkung auf die Kinder und auf ganze „System SEA“ trägt wesentlich zum Erfolg eines strukturell verankerten Partizipationsansatzes bei.

Claude Bodeving, SNJ



1 Kinder von Anfang an beteiligen. Partizipation in Kindertages- einrichtungen¹

Prof. Dr. Raingard Knauer

¹ Der Beitrag wurde zuerst veröffentlicht in : Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Etudes et Conférences. Service National de la Jeunesse, 2014.

Kinder von Anfang an

Partizipation ist in den kindheitspädagogischen Diskursen angekommen. Die Beteiligung von Kindern in Kitas gilt als Motor für Demokratiebildung, Schlüssel zu allgemeinen Bildungsprozessen, Voraussetzung für Inklusion, Beitrag zur Resilienzförderung und strukturelle Bedingung für den Kinderschutz.

Der Kieler Pädagoge Heinrich Kupffer hat in seinem Buch „Erziehung – Angriff auf die Freiheit“ folgende Grundfrage formuliert, die jede Pädagogik beantworten muss: „Was wünschen wir, woran wollen wir uns halten? Welche Konstellation zwischen ungleichen Partnern halten wir für angemessen? Die Freiheit des jungen Menschen ergibt sich nicht von selbst; sie muss gewollt, beschlossen und gestaltet werden“ (Kupffer 1980, S. 19). Er weist auf die Tatsache hin, dass Kinder und Erwachsene in Bezug auf das Alter, ihre Erfahrungen etc. ungleich sind. Ob sie trotzdem demokratische Mitwirkungsrechte haben und ihnen damit Kinderrechte gewährt werden, wie in der UN-Konvention für die Rechte des Kindes gefordert, liegt in der Macht der Erwachsenen. Diese müssen entscheiden, ob sie Freiheit und damit demokratische Rechte ermöglichen wollen. Das heißt:

- *Demokratie muss von den Fachkräften gewollt sein.* Welches Menschenbild bestimmt das pädagogische Handeln?
- *Demokratie muss von den Fachkräften beschlossen werden.* Auf welche konkreten Grundlagen einigt sich das Team?
- *Demokratie muss von den Fachkräften gestaltet werden.* Wie werden Kinderrechte didaktisch-methodisch umgesetzt?

Das Institut für Partizipation und Bildung e.V. hat 2001 damit begonnen ein Konzept für Partizipation von Kindern in Kindertageseinrichtungen zu entwickeln, das seitdem in einem fruchtbaren Austausch zwischen Wissenschaft, Fortbildung und Praxis weiter entwickelt wird (vgl. www.partizipation-und-bildung.de). Grundlage dieses Konzepts ist folgende Definition von Partizipation:

„Partizipation heißt, Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft betreffen, zu teilen und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden“ (Schröder 1995, S. 14).

Im Vortrag¹ wurden die Zusammenhänge zwischen Partizipation und Bildung, Partizipation und Demokratie, das Fortbildungskonzept sowie die Kita-Verfassung angesprochen. Der Vortrag endete mit einem Filmausschnitt aus der DVD „Die Kinderstube der Demokratie“ (Müller/Thomas 2008).

Partizipation und Bildung

Bildung wird vor allem in non-formalen-Institutionen als Aktivität des Kindes verstanden. Kinder gehen „– kaum dass die Nabelschnur durchgeschnitten ist – ihre eigenen Wege ... Im tätigen Umgang mit der Welt machen sie sich ein Bild von ihr und streben hinsichtlich ihrer Bedürfnisse und Interessen mit all ihren Kräften nach Handlungsfähigkeit“ (Laewen 2002, S. 53). Ähnliches ist auch im Arbeitspapier „Leitlinien zur non-formalen Bildung im Kindes- und Jugendalter“ (Luxembourg 2013) formuliert. Bildungsförderung in Kindertageseinrichtungen, die sich an den individuellen Aneignungsprozessen und -interessen der Kinder orientiert, gelingt nur dann, wenn die Kinder beteiligt werden. Nur so erfahren pädagogische Fachkräfte, was Kinder bewegt und interessiert und können dieses aufgreifen.

¹ Der Bericht bezieht sich auf den Vortrag „Kinder von Anfang an beteiligen“ der 2. nationalen Konferenz zur non-formalen Bildung im Kinder- und Jugendbereich (28.11.2013)

Partizipation und Demokratiebildung

Der Sozialphilosoph Oskar Negt sagt: „Eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist die einzige Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss, alle anderen Gesellschaftsordnungen bekommt man so.“ (Negt 2010, S. 27).

In diesem Zusammenhang ist der Beginn öffentlicher Erziehung besonders bedeutsam. Hier erleben Kinder i.d.R. zum ersten Mal, wie ein Zusammenleben zwischen Menschen, die nicht miteinander verwandt sind, geregelt ist. Sie versuchen zu ergründen: Wer ist hier eigentlich der Bestimmer? Wie läuft das hier? Was darf ich, was darf ich nicht? Sie erschließen sich im Alltag der Kita ihre Handlungsspielräume und erleben die Kita als eine Art „Gesellschaft im Kleinen“. Ein Kind ist im Alltag der Kita zunächst rechtlos, die pädagogische Fachkraft hat die absolute Macht. Sie kann diese Macht auch nicht gänzlich abgeben; Kinder sind auf mächtige Erwachsene angewiesen. Sie kann aber Teile ihrer Macht abgeben und Kindern Entscheidungskompetenzen einräumen, indem sie Partizipation ermöglicht.

Partizipation beruht einerseits auf einer Haltung von Respekt, Achtung und der Fähigkeit, Dialoge mit Kindern zu gestalten. Andererseits braucht Partizipation eine strukturelle Verankerung, um Kindern die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen und Rechte auch unabhängig von Erwachsenen zu formulieren und einfordern zu können. Kita-Teams können sich Partizipation nähern, indem sie erste Erfahrungen in Partizipationsprojekten sammeln. Gerade Kita-Teams, die noch wenig Erfahrung in Sachen Partizipation der Kinder haben, können im Rahmen von Partizipationsprojekten zeitlich begrenzt Partizipation gestalten. Für eine strukturelle Verankerung sollten die Rechte der Kinder aber grundsätzlicher geklärt sein. Am weitest gehenden ist die Einführung einer Kita-Verfassung, wie sie im Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ beschrieben wird (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011, s.u.).



*Weitgehend selbstverwalteter
Abstimmungsprozess zum Thema
Raumgestaltung*

Zum Fortbildungskonzept „Die Kinderstube der Demokratie“

Partizipation von Kindern beginnt in den Köpfen der Erwachsenen. Daher liegt der Schlüssel zu Partizipation zunächst in den Aus- und Fortbildungen pädagogischer Fachkräfte. Das Institut für Partizipation und Bildung e.V. hat hier ein spezifisches Fortbildungskonzept entwickelt, das Teams darin unterstützt „ihren“ Weg zu einer demokratischen Gestaltung der Kita zu finden. Das Fortbildungskonzept besteht aus einer dreitägigen Fortbildung mit dem ganzen Team einer Einrichtung, in der entweder ein Partizipationsprojekt geplant oder eine Kita-Verfassung entworfen wird. Anschließend führen die Teams dieses Projekt durch bzw. die Verfassung ein, begleitet durch Coachings des Instituts. Am Ende steht eine Präsentation und Reflexion des Prozesses. Vor allem die intensive Diskussion im gesamten Team führt i.d.R. zu nachhaltigen Wirkungen. Dabei führen die FortbildnerInnen in das Thema ein und moderieren den Prozess. Die Entscheidungen, z.B. darüber welche Rechte Kinder wie haben sollen, fällen immer die Teams. So entwickelt jede Kita „ihren“ Weg zur Demokratie. Dabei empfiehlt es sich im Idealfall im Rahmen einer solchen Fortbildung sowohl ein Partizipationsprojekt zu planen als auch eine Kita-Verfassung zu erarbeiten.

Erarbeitung einer Kita-Verfassung

Auch die Kita-Verfassung wird mit dem ganzen Team erarbeitet und beinhaltet zwei Schritte.

Erster Schritt: Klärung der Rechte der Kinder. Zunächst geht es um die Fragen: „Worüber sollen Kinder auf jeden Fall selbst- oder mitentscheiden?“ und „Worüber sollen die Kinder auf keinen Fall selbst- oder mitentscheiden?“ Dabei werden zunächst alle Entscheidungen, die im Kita-Alltag auch die Kinder betreffen, angesprochen: Dürfen Kinder selbst entscheiden, ob sie essen, was sie essen etc.? Dürfen die Kinder selbst entscheiden, ob sie eine Jacke anziehen, wenn sie ins Freie gehen? Dürfen Kinder mitentscheiden über Raumgestaltung, Außengeländeplanung etc.? Dürfen Kinder mitentscheiden über Projektthemen oder gar über Personaleinstellungen oder Finanzen? Diese Fragen führen zu einem intensiven Austausch im Fachkraftteam. In die Kita-Verfassung werden nur die Rechte aufgenommen, für die sich das Team im Konsens entschieden hat.

Zweiter Schritt: Verfahren der Mitentscheidung. Hier wird geklärt, wie die Kinder mitentscheiden können. I.d.R. entwickeln die Fachkräfte Gremien auf Gruppenebene und in Einrichtungen mit mehr als einer Gruppe auch Gremien auf Einrichtungsebene, z.B. Delegiertenkonferenzen oder Vollversammlungen.

Das Ergebnis dieses Prozesses ist eine Kita-Verfassung, die zunächst im Team erarbeitet (erste Lesung), dann mit den Eltern besprochen wird und schließlich von allen Fachkräften unterschrieben wird (zweite Lesung). Da die Kinder ihre Rechte und die Verfahren zunächst noch nicht kennen, braucht es vor allem bei der Einführung eine pädagogische Gestaltung durch die Fachkräfte.

Partizipation zu erfahren unterstützt Demokratiebildung

Dass die Erfahrung von Partizipation zu Demokratiebildungsprozessen führt, wurde deutlich im abschließend gezeigten Ausschnitt der DVD „Die Kinderstube der Demokratie“ (Müller/Plöger 2008). Hier wird u.a. gezeigt, wie ein fünfjähriges Mädchen am Beispiel eines Konflikts über einen Mülleimer im Außengelände begreift, dass es unterschiedliche berechnigte Interessen gibt, die es in einer Demokratie auszuhandeln gilt. In der Auswertung einer Bewertungsphase des Außengeländes, in der einige Kinder für die Aufstellung eines Mülleimers waren, andere dagegen, formuliert sie:

„Wenn der eine Kind will, das soll so sein und der andere Kind will, das soll nicht so sein – was soll’n wir denn da machen?“ Sie hat begriffen, dass es in einer Demokratie verschiedene Interessen gibt, die berechnigt sind und dass dadurch Konflikte entstehen können. Und sie outet sich hier als Demokratin indem sie fragt „was sollen wir da machen?“ (und nicht: und was macht *ihr* dann?). Sie versteht die Lösung eines Interessenkonflikts, als auch ihre

Aufgabe. Und gleichzeitig markiert sie dies als eine anspruchsvolle Bildungsaufgabe „Das ist so schwer!“. Damit Demokratiebildung gelingt, sind Kinder auf die Fähigkeiten pädagogischer Fachkräfte, ihnen Demokratieerfahrungen zu ermöglichen, angewiesen.

Literatur

Kupffer, Heinrich, 1980 : *Erziehung - Angriff auf die Freiheit. Essays gegen Pädagogik, die den Lebensweg des Menschen mit Hinweisschildern umstellt* Weinheim, Basel : Beltz.

Hansen, Rüdiger ; Knauer, Rainard ; Sturzenhecker, Benedikt 2011 : *Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern !* Weimar, Berlin.

Laewen, Hans-Joachim (Hrsg.), 2002 : *Bildung und Erziehung in der frühen Kindheit* Weinheim, Berlin, Basel : Beltz.

Negt, Oskar, 2010 : Politische Bildung und Demokratie. In Aufenanger, S.H., Franz ; Ludwig, Luise ; Tippelt, Rudolf ed. *Bildung in der Demokratie. Beiträge zum 22. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft*. Opladen.

Müller, Lorenz ; Plöger, Thomas, 2008 : *Die Kinderstube der Demokratie. Wie Partizipation in Kindertageseinrichtungen gelingt* Deutschland 32 Minuten : Institut für Partizipation und Bildung e.V.

Weitere Informationen : www.partizipation-und-bildung.de



A photograph of two young children with dark, curly hair, seen from the side and back, looking at each other. They are wearing grey hooded sweatshirts. The background is a warm, orange-brown wall. The child on the right is wearing a light blue long-sleeved shirt underneath the grey hoodie.

2 „Die Kinderstube der Demokratie“ als ein Beispiel von Partizipation in den SEA

Claude Bodeving

Die Kinderstube der

In der außerschulischen Kindertagesbetreuung gibt es eine Vielzahl von Partizipationsansätzen wie unter anderem „Kinderkonferenzen“¹, „Kinder erstellen den Speiseplan“, „Kinderräte“, „Kinderpräsident“. Die Mitbestimmung und Mitwirkung von Kindern im Alltag, wie bei der Aktivitätenauswahl, Gestaltung der Außenbereiche oder spezifischer Räume, ist dabei in vielerlei Hinsicht wichtig:

- für eine an den Bedürfnissen und Interessen der Kinder, ausgerichtete pädagogische Planung,
- für eine Beziehung zwischen den Erziehern und Kindern welche vom „kompetenten Kind“ ausgeht,
- für den Kompetenzerwerb des Kindes (z.B. im Bereich der Kommunikation oder des Umgangs mit Konflikten).

Die pädagogischen Partizipationsansätze sind vielfältig und sämtliche Formen der Partizipation, repräsentative, offene, und projektbezogene Beteiligungsformen (vgl. Bodeving 2006) sind mehr oder weniger Teil der pädagogischen Konzeptionierungen. Und doch gilt es die Umsetzung von Partizipation, wie sie in den pädagogischen Konzepten als Zielsetzung gefordert wird, zu hinterfragen. Wenn in der Jugendarbeit z.B. Partizipation seit langem zu den Schwerpunktthemen gezählt wird, so heißt dies nicht, dass die Partizipationspraxis unproblematisch ist oder der Partizipationsanspruch immer erfüllt wird: „Es ist schon erstaunlich: Theorien der Jugendarbeit konzipieren die Partizipationsaufgabe, sogar das Gesetz beschreibt Jugendarbeit so und auch die institutionellen Charakteristika erlauben (ja erzwingen fast) eine partizipative Ausrichtung von Jugendarbeit. Dennoch wird der Partizipationsanspruch in der Praxis nur selten aufgenommen und nicht nur in Konzepten versteckt, sondern gar ignoriert und aufgegeben. Das lässt sich zeigen an aktueller Ausrichtung von pädagogischer Praxis in der Offenen Jugendarbeit. Partizipation-Ignoranz kann erkannt werden in Praxisformen von Betreuung, anpasserischer Kooperation, Prävention und konsumistischer Dienstleistungsorientierung“ (Sturzenhecker 2003). Dieses Zitat stammt aus einer Reflexion über die Situation in Deutschland, doch unterstreicht der Autor Benedikt Sturzenhecker in einem Beitrag zur offenen Jugendarbeit in Luxemburg, dass auch hier die besondere Bedeutung von Partizipation und Demokratiebildung in Vergessenheit zu geraten droht: „Aber auch innerhalb der Jugendhäuser selbst müssen demokratische Verhältnisse herrschen, wenn man die gesetzlichen Ansprüche in Luxemburg ernst nehmen wollte. (Sturzenhecker 2013)“

Schauen wir uns nun den Bereich der außerschulischen Kinderbetreuung an, so wird Partizipation als pädagogische Zielsetzung einstimmig angenommen, doch in der Umsetzung bestehen sehr unterschiedliche (auch qualitativ unterschiedliche) Ansätze. Die pädagogischen Fachkräfte sind sich dabei der Schwierigkeit der Umsetzung sehr wohl bewusst. In dem Bericht einer Diskussionsgruppe der Konferenz Partizipation (zweite nationale Konferenz zur non-formalen Bildung im Kinder- und Jugendbereich) wird Partizipation von Kindern in der Einrichtung als „große Herausforderung angesehen“ da eine Umsetzung unter anderem verlange:

- „dass Partizipation im Alltag mit den Kindern impliziert wird und nicht als einmaliges Projekt stattfinden kann,
- die Haltung des Einzelnen eine zentrale Rolle spielt, was eine Reflexion des Verhaltens jedes einzelnen bedeutet,
- demzufolge muss es sich immer um einen Prozess handeln. Eine rasche Umsetzung ist unmöglich, da alte Verhaltensweisen aufgebrochen werden müssen.“²

Diese Auflistung unterstreicht die Komplexität des Partizipationsanspruches: der Erfolg von Teiligungsprojekten in der Kinder- und Jugendarbeit ist davon abhängig ob partizipationsfördernde Bedingungen, sowohl bei der pädagogischen Haltung, der methodischen Umsetzung als auch bei den strukturellen Rahmenbedingungen gegeben sind.

¹ Praxisbeispiele aus Luxemburg findet man z.B. in
- Croix.Rouge luxembourgeoise: „Partizipation der Kinder in den Maisons Relais und Crèches“
- Agence Dageseltern; Arcus: Kanner am Focus no 1/2014: Dossier Partizipation

² Auszug aus dem Protokoll der Diskussionsgruppe „Petite enfance et enfance“. In: Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Sammlung der Beiträge der zweiten nationalen Konferenz zur non-formalen Bildung im Kinder- und Jugendbereich. Etudes et Conférences SNJ, 2014.

Demokratie

Das Partizipationsdreieck von Rebekka Bendig (zit. nach Zinser)



In den Leitlinien zur non-formalen Bildung im Kinder- und Jugendbereich wird Partizipation nicht nur als Handlungsfeld und damit als wichtiger Bereich der Kompetenzentwicklung erachtet, sondern auch als ein charakteristisches Merkmal der non-formalen Bildung (neben anderen wie z.B. entdeckendes Lernen, Subjektorientierung, Partnerschaftliches Lernen) besonders betont: „Mitverantwortung und Mitbestimmung sind sowohl Zielsetzungen der Kinder- und Jugendarbeit als auch grundlegende methodische Prinzipien³“. Das Bildungsverständnis, wie in den Leitlinien erörtert, geht von einer „aktiven und dynamischen Auseinandersetzung des Menschen mit sich selbst und seiner Umwelt aus“⁴. Dies bedeutet, dass Bildung untrennbar mit Partizipation assoziiert ist: Bildungsarbeit ohne Partizipation ist keine Bildung (Bildung als „Aneignung von Welt“) und das aktive Erleben von Partizipation ist Bildung. So fordert dann auch der Rahmenplan, dass die Partizipation der Kinder in der Jugendarbeit und in der außerschulischen Kindertagesbetreuung aktiv gefördert wird. Die Notwendigkeit der Entwicklung von Projekten und Ansätzen lassen sich durch den Rahmenplan klar begründen und nachvollziehen. Ausgehend von den Konzepten der (Selbst-)bildung und Selbstbestimmung bezeichnen Hansen et al. das pädagogische Fachpersonal als „Bildungsassistentinnen“: „Wenn Kinder Produzenten ihrer Bildung werden sollen, werden Pädagoginnen und Pädagogen zu Co-Produzenten dieses Prozesses. Statt vorzubestimmen, was und wie das Kind lernen muss, gilt es, sich zurückzuhalten und das Kind an seinem persönlichen Aneignungsprozess zu beteiligen. Die pädagogischen Fachkräfte werden so zu Bildungsassistenten. Sie eröffnen den Kindern Bildungsmöglichkeiten, sie stärken und unterstützen sie dabei, eigene Themen zu erkennen und auf eigene Weise anzugehen, sie helfen bei Krisen und Problemen und schützen vor Risiken und Gefahren.“ (R.Hansen et al. 2011; Seite 108).



Mitbestimmung in Bezug auf das Angebot der Mahlzeiten

³ Leitlinien zur non-formalen Bildung im Kindes- und Jugendalter (www.enfancejeunesse.lu/leitlinien Zugriff 20.04.2105) : Seite 13

⁴ Leitlinien zur non-formalen Bildung im Kindes- und Jugendalter (www.enfancejeunesse.lu/leitlinien Zugriff 20.04.2105) : Seite 6

Wie Beteiligung, Mitgestaltung und Mitentscheidung der Kinder und Jugendliche gefördert werden und wie sie in den Kindertagesstätten und Jugendhäusern konkret umgesetzt werden können, war zentrales Thema der zweiten nationalen Konferenz zur non-formalen Bildung (2013). Das Konzept der „Kinderstube der Demokratie“ wurde hier erstmalig in Luxemburg vorgestellt (siehe Artikel von Raingard Knauer in diesem Band) und fand besondere Beachtung bei den Fachkräften der Kindertagesstätten, geht das Konzept doch weit über die Realisierung eines einmaligen zeitlich begrenzten Projektes hinaus. Die „Kinderstube der Demokratie“ des Institutes für Partizipation und Bildung⁵ ist das derzeit umfassendste Konzept für Partizipation in Kindertageseinrichtungen im deutschsprachigen Raum. Über mehrere Jahre in enger Zusammenarbeit mit zahlreichen Kitas entwickelt, überlässt das Konzept es der jeweiligen Einrichtung und dem Fachpersonal selbst, wie und wie weit Demokratie in der jeweiligen Struktur umgesetzt wird. Teil des Konzeptes ist die Planung eines konkreten Partizipationsprozesses und die Erarbeitung einer Kita-Verfassung mittels dessen die (Mitentscheidungs) Rechte der Kinder geklärt, schriftlich festgelegt und verlässliche Beteiligungsgremien eingeführt werden. Wichtige Elemente des Konzeptes „Kinderstube der Demokratie“ sind⁶:

- Inhouse-Fortbildungen der pädagogischen Fachkräfte mit dem ganzen Team.
- Aufbau von methodisch-didaktischen Kompetenzen, u.a. mittels Planung eines Partizipationsprojektes durch das Team.
- Strukturelle Verankerung der Rechte der Kinder im Alltag der Kita: Erarbeitung einer Kita-Verfassung.
- Partizipation ist auch für die Fachkräfte ein Bildungsprozess: Die Fortbildung und die Erarbeitung der Kita-Verfassung sind partizipativ angelegt.
- Die Einführung des Konzeptes benötigt Zeit: eingefahrene Prozesse müssen neu gestaltet werden.

In Luxemburg wurde zum ersten Mal im Jahre 2014 ein Modellprojekt zu diesem Konzept mit dem Team der SEA Päiperlék durchgeführt. SEA Päiperlék-Junglinster arbeitet schon seit längeren aktiv an der Partizipation der Kinder als wichtiges Leitmotiv der pädagogischen Arbeit und hat hier bereits einige Projekte wie z.B. Mini-Lénster erfolgreich umgesetzt. In diesem Projekt wurden mittels einer Verfassung die Mitbestimmungsrechte der Kinder genau festgelegt: worüber können und sollen sie mitbestimmen und wie sehen die Beteiligungsformen genau aus. Allgemein ist der Prozess der Entstehung der Verfassung, dies zeigte sich auch im Modellprojekt, kein einfacher: ausgehend von einer aktiven Auseinandersetzung mit dem Konzept „Partizipation“ kommt es zu einem Entwicklungsprozess, in welchem Haltungen infrage gestellt werden und Interessenskonflikte auftreten können.

Tanja Tarrach stellt dann auch in ihrem Artikel („Ich weiß schon selbst was ich draußen anziehen muss...!“ Partizipationsprozesse der SEA Päiperlék Junglinster auf dem Prüfstand) fest, dass die Umsetzung des Konzeptes „Kinderstube der Demokratie“ mit sehr vielen Neuerungen einherging und die Ausarbeitung der Verfassung „viele Reflexionsprozesse und damit einhergehende Verunsicherungen mit sich brachte“.

Raingard Knauer listet in ihrer Reflexion der Umsetzung in der SEA Päiperlék die nachfolgenden Herausforderungen und zentrale Prozesse auf⁶ (diese sind sicherlich für alle Einrichtungen in Luxemburg welche ein grundlegendes Partizipationskonzept verwirklichen wollen, relevant):

- Intensive Fragestellungen der Fachkräfte zur eigenen Haltung, welche auch mit Unsicherheiten und einer Neu-Rahmung der bisherigen Selbstverständlichkeiten verbunden sind.
- Überlegungen zu Machkonstellationen in der Kindertageseinrichtung. Die Auseinandersetzung mit Macht beinhaltet auch das Spannungsfeld von Kinderrechten und Erziehungsverantwortung: Was dürfen die Kinder entscheiden-was dürfen Fachkräfte entscheiden?
- Aneignung verschiedener Methoden der Partizipation: Neben einer Haltung bedarf es für die Umsetzung demokratischer Pädagogik vor allem methodischer Kompetenzen.

⁵ <http://partizipation-und-bildung.de>

⁶ Nach Raingard Knauer: Zur Einführung von Partizipation in der Maison Relais Päiperlék SEA. Reflexion des Prozesses. 11. Februar 2015. unveröffentlicht.

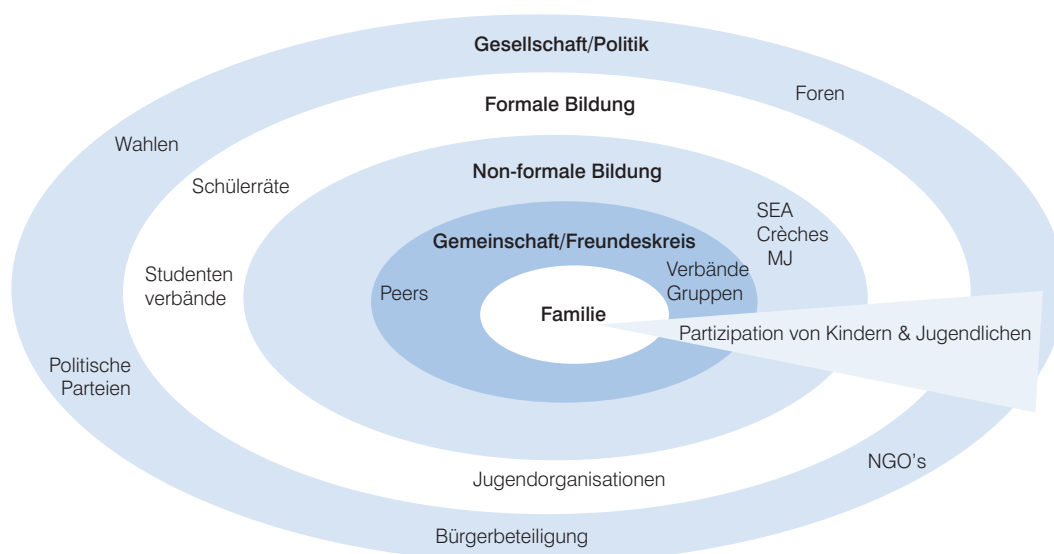
- Partizipation als Team-Prozess : Beteiligung der Kinder kann nur gelingen, wenn das Team sich auf Grundstandards der Beteiligung geeinigt hat.

Wie bereits erwähnt benötigt die Einführung des Konzeptes Zeit und Austausch. Partizipation kann man nicht von heute auf morgen planen und umsetzen. Es bedarf eines intensiven Austausches unter den Mitarbeitern, Haltungen müssen offen überdacht und Methoden gelernt werden. Wollen wir jedoch die Kindertagesstätten tatsächlich als Bildungsort ansehen und nicht lediglich als Betreuungsstruktur definieren, so geht kein Weg an einer intensiven und gemeinsamen Konzeptionierung von Partizipation der Kinder vorbei. Dass es sich lohnt zeigt sich auch im Schlussplädoyer des Artikels von Tanja Tarrach : „Die Kinder entwickeln ein Gefühl für ganz persönliche Grenzen, sie spüren, dass sie wichtig sind, geachtet und ernst genommen werden. Sie lernen sich selbstbewusster für ihre Bedürfnisse und Rechte einzusetzen und sind so besser vor Gefahren geschützt.“

Geht man vom Kompetenzerwerb des Kindes aus, so ist Partizipation ein wichtiger Ansatz für die „Förderung der Resilienz“ im Sinne von „Empowerment“ des Kindes (in der Jugendarbeit wird hier zusätzlich der Begriff des „emanzipatorischen Anspruchs“ herangezogen). Im gesellschaftlichen Gesamtkontext ist die Umsetzung von Partizipation ein Aspekt von „Demokratiebildung“. In den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit können Erfahrungen gesammelt werden, wie das Zusammenleben demokratisch gestaltet werden kann : „Die frühe Partizipation von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten wird in der Pädagogik als eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung demokratischer und sozialer Kompetenzen angesehen.“ (Rapport national sur la jeunesse, page 268)

Dabei muss sich die jeweilige Einrichtung im Klaren sein, dass die Umsetzung von Partizipation ein Entwicklungs- und Lernprozess für das gesamte Team ist. Eine Förderung der Partizipationskultur ist zugleich eine Förderung der Autonomie und des Selbstwertes des Kindes, eine Unterstützung von „demokratischen Kompetenzen“ und eine Änderung der Kommunikationskultur einer Einrichtung (zwischen Kindern, Kind und Erzieher und zwischen Erziehern).

Ebenfalls wird die Entwicklung nicht in den Kitas aufhören : Eltern, konfrontiert mit diesem Paradigmenwechsel, werden ihre Erwartungen bezüglich der Arbeit einer SEA hinterfragen müssen. Eine „Einbeziehung“ der Kinder in Angelegenheiten der Gemeinde wie z.B. die Gestaltung des öffentlichen Raumes kann eine weitere, wünschenswerte Konsequenz sein (siehe z.B. Erfahrungen von „Wöltzer Kannerbureau“). In der Kooperation zwischen non-formaler und formaler Bildung sollte schließlich der Partizipationsansatz miteinbezogen werden und die unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten geklärt werden. Die Kitas sind nicht der erste und einzige Ort von Partizipationsgelegenheiten : Partizipation beginnt oder sollte in der Familie beginnen und entwicklungsbedingt ändern sich die Möglichkeiten, Orte und Formen von Partizipation.



Das Recht des Kindes auf Mitsprache und Beteiligung ist ein Grundprinzip der UN-Kinderrechtskonvention und ein Qualitätskriterium der pädagogischen Arbeit: es handelt sich um ein Recht des Kindes und nicht um eine Belohnung oder ein "gewähren lassen" der Erwachsenen. Ohne die Unterstützung, den Willen und das eigene „Infragestellen“ der Erwachsenen geht dies nicht. Für die pädagogischen Fachkräfte bedeutet dies eine Herausforderung und gleichzeitig auch eine Erleichterung. Raingard Knauer zitiert eine Fachkraft mit folgenden Worten⁷:

„Durch Partizipation ist bei uns vieles anders geworden. Was am Anfang schwer schien, hat schließlich dazu geführt, dass die Arbeit auch leichter wird. Früher habe ich vieles für die Kinder gemacht – heute mache ich vieles mit den Kindern.“

Literatur

Bodeving C.: Participation des jeunes :aspects et définitions. In: Manuel pour tous ceux et celles qui s'engagent dans la campagne „Tous différents Tous égaux“, SNJ & SESOPI 2006

Hansen R., Knauer R., Sturzenhecker B.: Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern! verlag das netz 2011

Leitlinien zur non-formalen Bildung im Kindes-und Jugendalter: www.enfancejeunesse.lu/leitlinien

Rapport national sur la situation de la jeunesse au Luxembourg. Ministère de la Famille et de l'Intégration, 2010

Service national de la jeunesse, 2014. Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Etudes et Conférences

Sturzenhecker B. (2003): Partizipation in der Offenen Jugendarbeit. In: BMFSFJ-Bundeministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Kiste-Bausteine für die Kinder-und Jugendbeteiligung

Sturzenhecker B. (2013): Erziehung, Selbstbildung und Demokratiebildung in der Offenen Jugendarbeit. In Handbuch Offene Jugendarbeit in Luxemburg, SNJ 2013. (s.181)

Zinser C. (2014): „Wo Beteiligung drauf steht muss sie auch drin sein! Qualitätsstandards von Beteiligung in der Jugendarbeit.“ In Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Etudes et Conférences. SNJ, 2014

⁷ Raingard Knauer: Kinder beteiligen. Demokratie beginnt in Kindertageseinrichtungen. In Klein und Groß. Die Zeitschrift für Frühpädagogik 04/2011.



**3 „Ich weiß schon
selbst was ich
draußen anziehen
muss...!?“
Partizipations-
prozesse der
SEA Päiperlék
Junglinster
auf dem
Prüfstand**

Tanja Tarrach

1. Entstehung des bewussteren Umgangs mit Partizipation im Service d'Education et Accueil (SEA) Päiperlék asbl

„Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern, dass er nicht tun muss, was er nicht will.“ (Jean-Jacques Rousseau)

Der Gedanke der Mitbestimmung durch die Kinder begleitet schon lange die pädagogische Arbeit der SEA Päiperlék, da die Kinder dies punktuell einfordern und die Spannbreite der Partizipation im Team immer wieder kritisch reflektiert wird.

Eine praktische Umsetzung folgte z. B. schon vor einigen Jahren durch die Einrichtung eines eigenen Hauses für die älteren Kinder, den Flick Flacks, da eine entwicklungsbedingte Suche nach mehr Autonomie mit bestehenden Regeln in einem altersgemischteren Haus ständig kollidierte. Hier erhalten die 10 -12 Jährigen mehr Eigenverantwortung in Bezug auf die Raum- und Freizeitgestaltung oder Regelvereinbarungen.

In den anderen Gruppen stellte sich die Frage nach mehr Mitbestimmung, da die Kinder ganz eigendynamisch existierende Räume neu eroberten oder dadurch, dass Neuanschaffungen von Erwachsenen keine Attraktivität für Kinder besaßen.

Bestehende Regeln, die ausschließlich das Personal festlegte, wurden von Kindern immer wieder hinterfragt, was sich bis zum Machtkampf steigern konnte. Dies bezog sich z. B. auf Regeln bei der Kleidung die zu endlosen Diskussionen führte, weil die Kinder den Sinn nicht verstanden, draußen eine Jacke tragen zu müssen obwohl ihnen durch das Spielen sehr warm war.

Eine Reduzierung des Lärmpegels, welcher Personal wie Kinder störte, war erst dann erfolgreich, als die Kinder bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten mit eingebunden wurden. Sie entwickelten ein einfaches System, indem sie sich gemeinsam verantwortlich zeigten. Sie erklärten sich abwechselnd dafür zuständig, die anderen Kinder mit Symbolen auf einen zu hohen Lärmpegel hinzuweisen.

Damit „Partizipation“ qualifizierter umgesetzt werden konnte, setzte sich ein Teil des Personals intensiv mit bestehender Fachliteratur zum Thema auseinander und traf sich in regelmäßigen Abständen um diesen Gedanken auszutauschen und in der Praxis fortzuführen.

So entstand(en) :

- erste Gremien in Form von Gruppensprechern, welche die Kinder selbst wählen. Diese tragen die Wünsche der anderen Kinder an die Erwachsenen weiter oder präsentieren neue Ideen und Vorschläge in ihren Gruppen,
- ein Buffet-System, mit dem die Kinder in einer vorgegebenen Zeitspanne essen können wann sie wollen (ausgenommen die Gruppe der 3-4jährigen) und sich den Raum und Tischpartner selbst wählen,
- verschiedene Abstimmungsverfahren mit denen die Kinder die Räume generell mitgestalten,
- ein Wandel von den geschlossenen Gruppen in ein offeneres System mit unterschiedlichen Funktionsbereichen, so dass die Kinder im Freispiel den Ort, Spielpartner und Material so weit wie möglich selbst wählen,
- mehr Verantwortungsbereiche für die Kinder. Sie konnten sich z. B. in einem erste Hilfe Kurs zum „Securisten“ ausbilden lassen und jetzt sind diese Kinder für die Erstversorgung bei kleinen Verletzung verantwortlich und nicht mehr die Erwachsenen,
- mehr Mitbestimmung bei gezielten Freizeitaktivitäten in Bezug auf die Planung und Teilnahme,
- gemeinsame individuelle Entwicklungsdokumentationen und insbesondere bei der Gestaltung des Portfolio werden Kinder stark eingebunden. Bei Beobachtungen informiert das Fachpersonal die betroffenen Kinder und bittet um ein Einverständnis.

was ich draußen

Zudem existiert schon seit mehreren Jahren das Angebot von Mini-Lenster während den Sommerferien für Kinder vom cycle 2.1 – 4.2 und Jugendliche bis 14 Jahre. Hier können die Kinder während zwei Wochen in einer Kinderspieltstadt ihr ganz eigenes Gemeinwesen selbst organisieren und experimentieren. Sie suchen sich ihren Arbeitsplatz, verdienen ihr Einkommen, mit dem sie eigenverantwortlich umgehen müssen, haben eine große Auswahl an Freizeitaktivitäten, können sich in den Gemeinderat wählen lassen oder Kurse nach ganz individuellen Interessen in der „Uni“ besuchen. Das Personal der SEA Päiperlék, welches dieses Angebot organisiert und begleitet, erlebt die Kinder hier als sehr ausgeglichen, mit viel Engagement und mit einer hohen Selbstorganisationskompetenz.

Zur ständigen Reflexion der Partizipationsprozesse nutzten wir die Fachliteratur :

- „Partizipation in Kindertageseinrichtungen“ von R. Hansen, R. Knauer und B. Sturzenhecker (2011)
- eine Check-up Liste zur eigenen Haltung und der des Teams aus „Kindergarten heute“- praxis kompakt -Partizipation in der Kita, 2014 S. 18 ff (Anhang)
- das Stufenmodell von R. Hart (Anhang)
- und die „Prüfsteine zur qualifizierten Partizipation“ von Brunseman, Stange und Tiemann (Anhang)

Da allerdings für die Praxis noch sehr viele Unsicherheiten bestanden und die Notwendigkeit erkannt wurde, dass hier das gesamte Team mit eingebunden werden muss, bemühten wir uns um die Möglichkeit einer Fortbildung durch entsprechende Fachleute. Wir stießen auf das Institut für Partizipation und Bildung in Kiel, mit dem der Service National de la Jeunesse bereits kooperierte.

Das Projekt der hausinternen Fortbildung und der Verfassungserstellung startete im Jahr 2014 und wurde vom Ministerium für Bildung, Kinder und Jugend und dem Service National de la Jeunesse finanziert.

2. Hausinterne Fortbildung mit dem Institut für Partizipation und Bildung

2.1 Erster Fortbildungsblock

2.1.1 Theoretisches Grundlagenwissen und Annäherung an das Thema



Mit dem ganzen Team wurde geklärt, was sie unter „Partizipation“ verstehen, welche Erfahrungen sie mitbringen und welche Ängste und Hoffnungen mit diesem Thema in Verbindung stehen. An konkreten Beispielen wurden Machtverhältnisse reflektiert.

Der Begriff der „Partizipation“ wurde definiert, Ziele und der Anspruch an die Fachkräfte formuliert.

Methoden des Dialogs und Abstimmungsprozesse wurden während der Fortbildung ganz praktisch vermittelt und ausprobiert

2.1.2 Methoden des Dialogs

Da bei Kommunikationen vielfältige Missverständnisse auftreten, wurde das Personal sensibilisiert Fehlerquellen zu erkennen, damit Ideen und Wünsche im Dialog transparenter werden.

Die Referenten wiesen auf die „Definitionsmacht“ des pädagogischen Personals hin, da wir Kinder in ihren Erzählungen häufig unterbrechen um z. B. Inhalte fachlich zu korrigieren. Die Prioritäten für das Kind liegen aber häufig anders und seine individuelle Dynamik in seinen Erzählungen wird so übergangen.

Um unterschiedliche Wahrnehmungen und Interpretationsspielräume zu erkennen wurde mit Kippbildern gearbeitet oder bestimmte Zeichnungen sollten dem Partner ausschließlich verbal erklärt und von diesem möglichst originalgetreu wiedergegeben werden.

Es wurde auf die Neigung zu Fehlinterpretationen durch die Erwachsenen hingewiesen und auf Wege dies zu vermeiden, wie z. B. die Technik des aktiven Zuhörens (vgl. Thomas Gordon und Carl Rogers) welche schon bei Säuglingen angewendet werden kann.

Um Entscheidungen in der Gemeinschaft zu treffen haben wir methodisch das Formulieren von „*offenen und geschlossenen Fragen*“ geübt.

Es stellte sich heraus, dass offene Fragen vorteilhafter sind um möglichst viele Lösungsvarianten zu erhalten und um in offene Dialoge einsteigen zu können. Diese Fragen dürfen nicht so abstrakt sein, so dass eine Überforderung für die Kinder vermieden wird.

Hierzu übten wir die Konkretisierung abstrakter Inhalte, gerade für die jüngeren Kinder, was z. B. durch Bildmaterial ermöglicht werden kann. Geübt wurde der schwierige Spagat die Entscheidungsvielfalt beizubehalten und nicht durch diese Veranschaulichung einen Weg vorzugeben.

Mit der Methode der *gemeinsamen Symbolfindung* visualisiert man Dialoge für Kinder die noch nicht lesen können. So können Tagesordnungspunkte oder gemeinsame Entscheidungen in einem Protokoll festgehalten werden.

2.1.3 Demokratische Entscheidungsverfahren

Es wurde in Bezug auf das Konsens- und Mehrheitsverfahren darüber aufgeklärt, inwiefern sich diese voneinander unterscheiden, wofür sie sich eignen und was zu beachten ist.

Mit dem **Konsensverfahren** findet im engeren Sinne keine Abstimmung statt, sondern es werden Entscheidungen dann angenommen, wenn kein Mitglied seine Ablehnung oder Bedenken äußert.

Wenn Entscheidungen nicht einheitlich angenommen werden, so wird gegebenenfalls so lange ausgehandelt bis eine Einigkeit erreicht ist oder zumindest Bedenken zurückgestellt werden können.

Alle Kinder sollten die Gelegenheit haben, ihren Widerspruch gegen bevorstehende Entscheidungen zu äußern.

Mögliche Verfahren:

► *Zielscheibe/Leiter*

Hier werden verschiedene Lösungsmöglichkeiten auf Karten visualisiert. Solche, mit denen die Teilnehmer einverstanden sind, werden mit der eigenen Unterschrift bestätigt. Mit jeder weiteren Stimme wandert die entsprechende Karte weiter zur Mitte oder die Leiter hoch. In der Mitte der Zielscheibe beziehungsweise oben auf der Leiter befinden sich zum Schluss die Lösungsmöglichkeiten, die konsensfähig sind.

► Einig – Uneinig

Alle Lösungsmöglichkeiten werden auf Karten visualisiert und liegen auf einer abgegrenzten Fläche.

Jede Karte, mit der ein Teilnehmer nicht einverstanden ist, kann von diesem aus dem Feld entfernt werden. Diese aussortierten Karten dürfen nicht wieder zurückgenommen werden.

Auf der Fläche bleiben die Lösungsmöglichkeiten, die konsensfähig sind.

Das **Mehrheitsprinzip** ist ein demokratisches Verfahren, mit dem sich bei Abstimmungen der Wille der Mehrheit gegenüber der Minderheit durchsetzt. Diese Methode wird z. B. gewählt, weil der Aufwand für ein Konsensverfahren zu groß ist.

Mögliche Verfahren :

► Mehrpunkteentscheidung

Hier bietet es sich an, bei vielen Lösungsmöglichkeiten eine Auswahl vor der Entscheidung zu treffen und diese Lösungsmöglichkeiten zu visualisieren. Jeder Teilnehmer kann eine festgelegte Anzahl von Stimmen auf die bestehenden Möglichkeiten verteilen (mit Fingerabdruck, Klebepunkte, Unterschrift, Steinchen..).

► Reduzierendes Abstimmen

Diese Methode entspricht der Mehrpunkteentscheidung, nur dass in einer darauffolgenden Phase die meist gewählten Lösungsmöglichkeiten nochmals mit Stimmen gewertet werden. Dadurch gibt es in dem Entscheidungsprozess weniger verlorene Stimmen.

► Einpunktentscheidung

Alle Lösungsmöglichkeiten werden klar voneinander getrennt visualisiert und können mit einer Stimme gewertet werden, wie z. B. bei Gruppensprecherwahlen.

Beim Konsens- sowie beim Mehrheitsverfahren ist ein zuvor erfolgter Meinungsbildungsprozess wichtig. Die Verfahrensvorgänge müssen für die Kinder transparent sein und ein soziales Miteinander erlaubt Widersprüche, die geäußert und geschätzt werden.

Die Ergebnisse beider demokratischen Entscheidungsverfahren sollten mit den Kindern (z. B. Gruppensprechern) gemeinsam ausgewertet werden, zeitnah und kindgerecht präsentiert werden.

2.1.4 Gremien

Die bereits bestehende Gremienarbeit im SEA Päiperlek, welche eine *repräsentative* Form ist, wurde festgehalten : Hier gibt es für die jeweiligen Zyklen mindestens 2 Sprecher des jeweiligen Alters. Mit Unterstützung des Personals bringen sie aktuelle Themen und Interessen ein und bereiten Versammlungen für die jeweiligen Zyklen mit vor. Die Moderation der Versammlungen wird dann mit der notwendigen Unterstützung eines Erwachsenen von dem jeweiligen Zyklussprecher übernommen.

Von den Gruppen- zu den Zyklussprechern kam es, nachdem die Gruppenarbeit zunehmend in ein offenes System umstrukturiert wurde. Mit den altersentsprechenden Vertretern kann auf die unterschiedlichen Ansprüche der jeweiligen Altersgruppen besser Rücksicht genommen werden. Bei den Jüngeren wird z. B. mit mehr Bildmaterial gearbeitet und die Vertreter erfahren bei den Versammlungen in der Moderation eine intensivere Unterstützung.



Die Zyklussprecher werden inzwischen für ein halbes Jahr gewählt, damit genug Zeit bleibt sich in das Amt einzuarbeiten.

Die gewählten Sprecher sind mit dem Aushang ihrer Fotos für alle Besucher ersichtlich und sie erhalten damit gleichzeitig eine institutionelle Anerkennung und Wertschätzung ihres Engagements.

Die Sonderform des Ausschusses existiert ebenfalls im SEA Päiperlék, indem sich z. B. eine Gruppe Kinder zeitlich begrenzt für die Freizeitgestaltung an einem Nachmittag mit verantwortlich zeigt. So trifft sich diese Gruppe regelmäßig um Ideen festzuhalten, wie z. B. gemeinsame Kochaktionen, Ausflüge in ein Schwimmbad oder Fußballturniere. Dieser Ausschuss kümmert sich

dann um die Organisation der Angebote, führt Telefonate mit möglichen Kooperationspartnern und gestaltet eigenständig die Aushänge für die jeweiligen Aktivitäten. Zu diesen Angeboten können sich die anderen Kinder spontan anmelden. Die Idee zu dieser Ausschussarbeit entstand in einer Sitzung mit den Zyklussprechern.

2.1.5 Planung eines gezielten Beteiligungsprojektes

Die Teilnehmer der Fortbildung wählten als Thema für die nächsten Monate die *Gestaltung der Funktionsräume* für die 3 - 10 jährigen und für die 10 - 12 jährigen die *Neu- und Umgestaltung ihres Essensraums*.

Da es sich um ein längerfristiges Vorhaben handelte, wurden Teilziele und -schritte formuliert und diese konnten dann in Zwischenbilanzen sichtbar gemacht und überprüft werden.

Die folgende Untergliederung/Struktur erwies sich als sehr hilfreich :

- Einzelne Projektschritte
- Wer entscheidet (Kinder, Erwachsene oder beide)
- Elternbeteiligung
- Was die Kinder benötigen zum Meinungsbildungsprozess
- Wie ihnen dies vermittelt wird
- In welchen Gremien die einzelnen Schritte stattfinden
- Welches Entscheidungsverfahren wird gewählt
- Bis wann der jeweilige Projektschritt erfolgt sein sollte
- Wer vom Personal dafür verantwortlich ist
- Und Platz für Anmerkungen

Projektziel: Es ist geklärt, wie der jetzige Essensraum gestaltet wird

Nr.	Projektschritte	Wer entscheidet?			Elternbeteiligung	Anmerkungen
		F	F & K	K		
1	Was muss bleiben	X			Elterninformation	Gruppenraum gestaltet werden
2	Was z. - Mannung			X		
3	Was kann man nicht machen		X			
4	Was sollen wir sein		X			Baumstämme aufhängen
5	Was brauchen wir		X			
6	Wohin bekommen wir die Sachen		X		X	
7	Was macht wer?		X		X	
8	Was und wann?		X		X	

Planung und Strukturierung eines Beteiligungsprojektes

2.2 Zweiter Fortbildungsblock

Die Verfassung

Die Entwicklung einer Verfassung für eine Einrichtung ist eine wichtige Grundlage, um den Kindern klare Rechte einzuräumen. Dies bewahrt sie vor willkürlichem Verhalten durch das Fachpersonal und bietet den Kindern eine Grundlage ihre öffentlich formulierten Rechte einzufordern. Sie sichert den Kindern Mitbestimmungsrechte, mehr Eigenverantwortung und demokratische Bildungsprozesse.

Dem Team gibt es Sicherheit in ihrem Handlungsfeld und stellt eine Basis dar, mit welcher die pädagogische Alltagspraxis im Hinblick auf eine gute partizipative Arbeit immer wieder kritisch hinterfragt werden kann.

In diesem Fortbildungsblock wurde ein Konsens gesucht, welcher die Regelvereinbarung im Haus betrifft um Kindern mehr Mit- bzw. Selbstbestimmungsmöglichkeit zu gewährleisten, zu definieren wo Grenzen in diesem Zusammenhang bestehen und wann die Entscheidungsgewalt ausschließlich beim Personal liegt.

Die pädagogische Praxis wurde in einzelne Handlungsfelder aufgeteilt wie z. B. Freispiel, Neuanschaffungen, Hygiene oder Personalneueinstellungen und anschließend im Hinblick auf Entscheidungsspielräume für Kinder diskutiert.

Alle suchten nach Formulierungen, mit denen sich **jeder** im Team identifizieren kann.

Schon durch die optische Darstellung mit einzelnen Karteikarten, auf denen Freiräume und Grenzen farblich rot und grün dokumentiert wurden, konnte deutlich gemacht werden, dass die Festlegung von Grenzen der Einflussnahme eine ebenso große Gewichtung hat wie Mitwirkung. Dies bezog sich vor allem auf die Abwendung von Gefahren, der Rücksicht auf die Grenzen und Interessen der anderen Kinder und Erwachsenen oder bei eingrenzenden organisatorischen Rahmenbedingungen.

Allgemeine Formulierungen für die Alltagspraxis fanden oberflächlich gesehen schnell einen Konsens, aber bei einer Übertragung auf konkrete Handlungsbeispiele kamen wir mit zu offenen Aussagen häufig an Grenzen.

So z. B. mit dem Paragraphen, dass die Kinder zukünftig bei Neuanschaffungen von Spiel- und Arbeitsmaterial mitentscheiden dürfen. Bei einer genaueren Betrachtung im Hinblick auf eine konsequente Umsetzung der gewählten Formulierungen stellte sich heraus, dass dies nicht immer sinnvoll ist, da im Einzelfall das Personal mit pädagogischen Fachwissen entscheidet oder die Einbindung bei der Anschaffung von Literatur oder Büromaterial zu weit gehen würde. Die ursprüngliche Formulierung hätte eine konsequente Einbindung der Kinder bei jeder Neuanschaffung zur Folge und musste so eingeschränkt werden. Dem Personal wurde im entsprechenden Paragraphen die Möglichkeit eingeräumt auch „ohne vorherige Rücksprache mit den Kindern Spiel- und Arbeitsmaterial anzuschaffen“.

In Bezug auf die Selbstbestimmung in der Freizeit hat nach dieser Verfassung jedes Kind erst einmal „das Recht selbst zu entscheiden, was es im Laufe des Tages im SEA Päiperlék wann, wo, mit wem und wie macht“. Durch klare Regelungen in Bezug auf andere Paragraphen (Tagestruktur, Hygiene oder Sicherheit und gesetzliche Rahmenbedingungen) kann dieses Recht durch das pädagogische Personal ebenfalls eingeschränkt werden.

Verschiedene Formulierungen wurden dem Entwicklungsstand der Kinder angepasst, insbesondere, was die Praxis der unterschiedlichen Gremien betrifft.

Es gibt aber ebenso eindeutige Rechte für alle Kinder, wie z. B. dass jedes Kind bei den Mahlzeiten das Recht hat selbst zu bestimmen ob und was es probieren möchte oder wie es sich in den Innenräumen kleidet.

Die Verfassung muss Einschränkungen und Ausnahmen berücksichtigen, darf aber nicht so formuliert sein, dass jedes Recht damit wieder an Wirkung für die Kinder einbüßt.

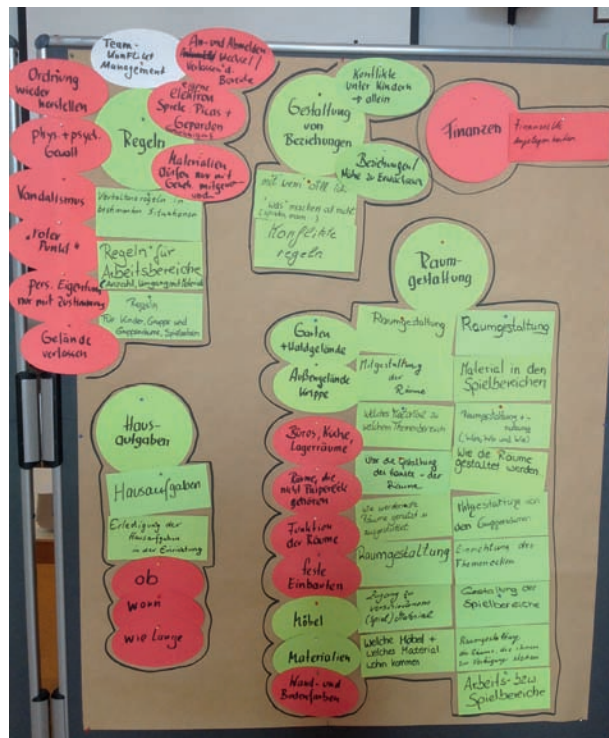
Sehr viel Zeit investiert das Team in einer bewussten Auseinandersetzung mit den Konsequenzen für die praktische Arbeit. Die Mitarbeiter verpflichten sich nämlich mit ihrer Unterschrift ihre pädagogische Arbeit an den Beteiligungsrechten der Kinder auszurichten.

Diese Verfassung kann anschließend nur von einer Dienstversammlung des Teams geändert werden, mittels Konsensbeschluss.

Da die Ausarbeitung der Verfassung im Kollegium viele Reflexionsprozesse und damit einhergehende Verunsicherungen mit sich bringt, werden Eltern und Kinder in die verfassungsgebende Versammlung nicht mit eingebunden. Zusätzlich verfügen die pädagogischen Mitarbeiter in der Regel über mehr Fachkenntnisse in Bezug auf Partizipation, Bildung, Entwicklung oder Didaktik.

Es ist allerdings wichtig, die Erziehungsberechtigten frühzeitig über dieses Vorhaben zu informieren (Vgl. Punkt 3.4).

Ausschnitt der Entwicklung einer Verfassung für den SEA Päiperlék, wobei die grünen Karteikarten die Bereiche darstellen, bei denen die Kinder ein Recht auf Mitentscheidung zugestanden wird und die roten Karten stehen für ein alleiniges Entscheidungsrecht durch das pädagogische Fachpersonal.



2.3 Coachingtage

An diesen Tagen wurde mit dem Institut für Partizipation und Bildung reflektiert, wie sich die Projektplanung in der Praxis gestaltete, wo Unsicherheiten, Bedenken oder offene Fragen bestehen und wie die Zukunftspläne aussehen.

In Bezug auf die Verfassung wurde diese nochmals in Ihrer Konsequenz bewusst gemacht, neu überarbeitet und über Unsicherheiten und die Umsetzung in die Praxis diskutiert.

3. Praktische Umsetzung

3.1 In der Tagesstruktur

Mit der Umsetzung des Beteiligungsprojektes zur Gestaltung der Räumlichkeiten unterstützen wir die Kinder in der Überzeugung wichtig zu sein und ernst genommen zu werden. In der pädagogischen Arbeit fördert es die Orientierung an den Bedürfnissen der Kinder und bietet so eine Unterstützung ihrer individuellen Bildungs- und Entwicklungsprozesse.

Rücksicht genommen werden muss darauf, dass die Kinder nicht immer sehr motiviert sind an Versammlungen teilzunehmen, da sie nach langen Zeiten der Konzentration in der Schule ein starkes Bedürfnis nach Bewegung und Freispiel haben.

So gestaltet das Personal die Zyklus-Versammlungen mit einer kurzen Zeitspanne und die Teilnahme ist freiwillig.

Die Umsetzung des Beteiligungsprojektes fiel in die Sommerzeit, wodurch die Kinder sich viel im Außengelände aufhielten und die Einrichtung von Funktionsbereichen im Haus nicht mehr eine solch große Priorität besaß. Diese Motivation nahm am Ende des Jahres wieder zu.

Sehr gut angenommen werden die Abstimmungsverfahren, bei denen die Kinder zeitlich flexibel mit z. B. Punkten ihre Stimme für Änderungsmöglichkeiten abgeben können.

Präsentationen über Abstimmungsergebnisse begutachten die meisten Kinder genau und vergleichen das Ergebnis mit der eigenen Wertung und es gibt so nochmals mündliche Rückmeldungen an das Personal.

Ein Erfolg im Hinblick auf das Beteiligungsprojekt zeigte sich durch die zunehmende Attraktivität der Funktionsbereiche für die Kinder.

Mit der Thematisierung der Verfassung hat sich der Gedanke der Partizipation im pädagogischen Handeln gefestigt. Eine konsequente Umsetzung kann dann mit einer Verabschiedung durch das gesamte Team erfolgen.

3.2 In der Begleitung der Kinder-Gremien

Die Cycle-Sprecher wurden intensiv in die Vorbereitung der einzelnen Projektschritte eingebunden. Sie bereiteten die Versammlungen mit vor, präsentierten die Ideen vor ihrer Altersgruppe und halfen bei den Abstimmungsverfahren.

3.3 In der Organisation des Teams

Bei der Umsetzung des Projektes stellte sich die tabellarische Strukturierung (siehe Punkt 2.1.5) als hilfreich heraus. Die Überprüfung erfolgte in einem Ausschuss des Personals, da ein Treffen aller Fortbildungsteilnehmer zu aufwendig war.

Den Zeitplan einzuhalten erschwerten Ferienzeiten bei den Kindern, Knappheit beim Personal im Bezug auf Vor- und Nachbereitungszeiten oder bei der Begleitung der Zyklussprecher.

Die Aufstellung der Verfassung gibt dem Team mehr Sicherheit was die Aushandlung der Regeln betrifft. Es stellte sich heraus, wie wichtig es ist, das gesamte Team hier mit einzubinden und das alltägliche pädagogische Handeln kontinuierlich mit den Formulierungen der Verfassung zu vergleichen.

3.4 In der Arbeit mit den Erziehungsberechtigten und der Öffentlichkeit

Die Einbindung von mehr Mitbestimmungsrechten in der Einrichtung kann das Verhalten der Kinder auch im häuslichen Umfeld beeinflussen. Dadurch ist es sehr wichtig, die Erziehungsberechtigten frühzeitig zu informieren und sie bei den einzelnen Umsetzungsschritten mit einzubinden. Werden die Erziehungsberechtigten übergangen, kann es durch eine unterschiedliche Sicht- und Vorgehensweise zu Loyalitätskonflikten für das Kind kommen. Hier geht es nicht darum, dass dieser Partizipationsgedanke von Erziehungsberechtigten so übernommen wird, aber es sollte eine wechselseitige Akzeptanz der Vorgehensweisen erreicht werden.

Den Eltern stellten wir in der Praxis die einzelnen Projektschritte an einer eigens hierfür angelegten Informationstafel mit Bild und Schrift dar. Es gab eine Ausstellung zu diesem Thema im Haus, Elternbriefe und in Tür und Angelgesprächen geht das Personal auf Fragen der Eltern zu diesen Neuerungen gerne ein.

Die Umstellung während dem Essen, das Zugestehen von mehr Mitbestimmung im Allgemeinen und eine Umstrukturierung der Angebotsform führen bei den Erziehungsberechtigten zu Unsicherheiten. Dies machte die Notwendigkeit eines Elterninformationsabends zum Thema Partizipation, als wichtiger Teil der pädagogischen Arbeit deutlich. Mit einem Film, der in Zusammenarbeit mit dem SNJ erstellt wurde, verschiedenen Fotos und Zielformulierungen sorgten wir für mehr Transparenz und Vertrauen in unsere Arbeit. Die Gruppensprecher stellten ihre Aufgaben vor und was sie schon alles in der Einrichtung mit bewegt haben.

In der öffentlichen Jahreshauptversammlung der Asbl, stellten wir die konzeptionelle Verankerung und das praktische Agieren in Bezug auf die Partizipationsprozesse anschaulich dar.

Das zukünftige Inkrafttreten einer Verfassung kann, wie die Projektarbeit, nur in einer engen Kooperation mit den Erziehungsberechtigten funktionieren. Gegebenenfalls müssen nochmals neue tragfähigere Lösungen ausgearbeitet werden.

4. Weiterführung des Partizipationsgedankens als Schwerpunkt der Konzeptionsarbeit in der Asbl

- Im SEA Päiperlék in Junglinster vermittelte man die erarbeiteten Ergebnisse der Weiterbildung an das Personal welches nicht an dieser Fortbildungsmaßnahme teilnehmen konnte.
- Auf Anfrage der anderen Häuser der Asbl Päiperlék gaben wir die Inhalte der Fortbildung in diesen Teams weiter um den Schwerpunkt der Partizipation in allen Häusern der Asbl umzusetzen und mehr Sicherheit im Umgang hiermit zu vermitteln.
- Zusätzlich hospitieren die Mitarbeiter in den unterschiedlichen Häusern und Gruppen um neue Ideen und Erfahrungen auszutauschen.
- Da die praktische Umsetzung in einer Crèche nochmals andere Ansätze mit sich bringt, wird das Team dieses Hauses eine eigene Fortbildung durch das Institut für Partizipation und Bildung erhalten.
- Die Idee der Partizipation wird in allen Konzeptionen fest verankert. Das durchgängige Ziel soll sein, dass die Beteiligung durch die Kinder ausdrücklich gewünscht und vom Personal aktiv unterstützt wird. Die ausgearbeiteten Qualitätskriterien hierzu werden überprüfbar formuliert.
- Bei der Ausbildung von Studenten zum Animateur A durch unsere Institution bildet die Bedeutung von Partizipation ebenfalls eine große inhaltliche Rolle.
- Wir sind uns darüber bewusst, dass es sich um Prozesse handelt, die immer wieder neu überdacht werden müssen und mit den sich ändernden Interessen und Bedürfnissen der Kinder wandelbar bleiben.
- Das Einführen von Beschwerdeverfahren für Kinder ist das gesetzte Ziel nach einer Verabschiedung der Verfassung.

5. Rückblick

Anschließend einige Anmerkungen zum Verlauf und zur Implementierung des Projektes „Kinderstube der Demokratie“ der verantwortlichen Erzieher der SEA Päiperlék.

- Die Begleitung durch externe Fachleute ist zur Einführung und Sensibilisierung einer authentischen Partizipationsarbeit in der Einrichtung von großer Bedeutung.
- Da jede Einrichtung in Bezug auf das Team, die Zielgruppen oder z. B. Trägerstruktur sehr individuell funktioniert, ist ein Konzept der Partizipation nicht einheitlich übertragbar, sondern wird erst dann konfliktfrei gestaltet werden können, wenn das gesamte Team in einem ständigen Fortbildungs- und Reflexionsprozess eingebunden ist.
- Es hat sich als hilfreich erwiesen, dass sich diese Begleitung über einen längeren Zeitraum erstreckt, damit das Personal gewonnene Erkenntnisse umsetzen kann und bei entstehenden Grenzerfahrungen, Unsicherheiten ein alltagsverträglicher Umgang gefunden werden kann.
- Hier waren für den Sea Päiperlék die Abstände zwischen den Fortbildungsblöcken und Coachings zu kurz gewählt. Dies führte zu einer Überforderung des Teams, da in dieser Zeitspanne sehr viele Neuerungen auf das Team zukamen, sich das begonnene Projekt unter Zeitdruck vollzog und nicht zu Ende geführt werden konnte.
- Die Vorgehensweise welche sich aus der Praxis des deutschen außerschulischen Betreuungssystems ergab, ist in dieser Form nicht lückenlos auf das luxemburgische System übertragbar.

Die flexiblen Strukturen aus der non-formalen Bildung in Luxemburg bringen viele Vorteile für die Interessen der Kinder und Erziehungsberechtigten. Die Besuchszeiten sind flexibel und eine große Altersspanne hat Zugang zum Angebot des SEA.

Wir kooperieren mit sehr vielen Institutionen und gestalten den pädagogischen Alltag so, dass die Kinder flexibel an ganz unterschiedlichen Angeboten teilnehmen können.

Diese Flexibilität verlangt ein Mehraufwand in der Personalbesetzung und führt zu einem wenig strukturierten, konstanten Tagesablauf. Das muss bei Beteiligungsprozessen und Abstimmungsmöglichkeiten sowie der Organisation von Verantwortlichkeiten für das Fachpersonal berücksichtigt werden.

Durch das formale Bildungssystem der Schule, Hausaufgaben und gemeinsame Mahlzeiten sind die Kinder nicht immer bereit nochmals in Versammlungen zu diskutieren, zuzuhören oder gemeinsam abzustimmen. Hier gilt es eine gute Vorbereitung zu treffen, Personal zu koordinieren, flexibel reagieren zu können und die Anwesenheitszeit sowie Motivation der Kinder zu berücksichtigen.

Die Rolle der Zyklussprecher ist sehr begehrt, da sie ernst genommen werden, die Kinder Ideen weitertragen, Verantwortung übernehmen und öffentliche Anerkennung bekommen.

In Bezug auf das Team müssen wir ständig daran arbeiten

- Macht abzugeben
- Fehler als Chance zu erkennen um etwas Neues entstehen zu lassen
- Auszuhalten nicht mehr langfristig und genau planen zu können
- Vertrauen in die Kinder zu setzen, so dass sie häufiger eigene Lösungswege finden
- Den Kindern aktiv zuzuhören
- Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Kinder zu erkennen und anzubieten
- Entscheidungen für Kinder transparent zu machen
- Kritische Reflexionen von bestehenden Strukturen und Abläufen sowie des eigenen Verhaltens zuzulassen
- Grenzen von Mitbestimmungsrechten zu erkennen und zu definieren

Wir möchten allen Einrichtungen aus der formalen und non-formalen Bildung Mut machen sich intensiv mit dem Gedanken der Partizipation auseinanderzusetzen und sich auf den Weg zu machen diesen gemeinsam mit dem ganzen Team, Träger, Kindern und Eltern zu praktizieren.

Die Kinder entwickeln ein Gefühl für ganz persönliche Grenzen, sie spüren, dass sie wichtig sind, geachtet und ernst genommen werden.

Sie lernen sich selbstbewusster für ihre Bedürfnisse und Rechte einzusetzen und sind so besser vor Gefahren geschützt.

Ablauf SEA Päiperlék Junglinster

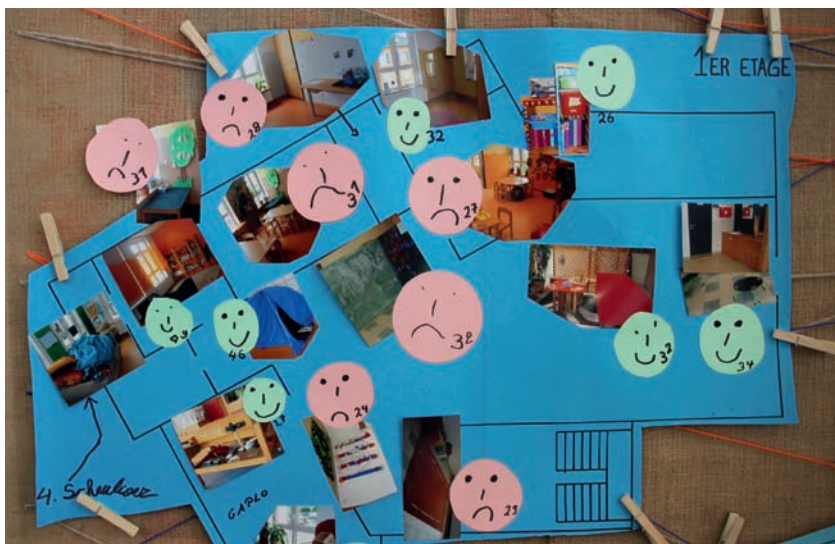
seit Sept 2012 Wahl von Gruppensprechern und regelmäßig stattfindende Treffen eines Ausschusses des Personals im Haus

Externe Begleitung der Partizipationsprozesse (durch das Institut für Partizipation und Bildung ; Beginn im Jahr 2014)

- 1. Fortbildung
Dauer: 3 Tage
Partizipationsbegriff, Projektplanung, Dialoge führen

Begleitend : Elterninfoabend, Elterninfowand, Präsentation des Partizipationsgedanken im Rahmen der Jahreshauptversammlung der Asbl, in Versammlungen mit der Schule

- 1. Coaching
Dauer: 1 Tag
- 2. Fortbildung
Dauer: 3 Tage
Ausarbeitung einer Verfassung
- 2. Coaching
Dauer: 1 Tag
- Weiterführung des Partizipationsgedankens in den anderen Häusern der Asbl Päiperlék :
Weiterbildung der anderen Häuser der Asbl durch Teilnehmer der Formation



Präsentation eines Bewertungsergebnisses der verschiedenen Funktionsbereiche durch die Kinder

4 Zum Umgang mit Macht in Kindertageseinrichtungen¹

Reflexionen zu einem häufig verdrängten Thema

Raingard Knauer ; Rüdiger Hansen

¹ Erstveröffentlichung in der Zeitschrift „TPS“ : TPS 8/2010. Veröffentlichung in dieser Handreichung mit der freundlichen Genehmigung des Friedrich Verlags

Erstveröffentlichung Zeitschrift TPS : <https://www.friedrich-verlag.de/index.php?id=259>



Zum Umdenken mit Ma

Macht ist ein zentrales Thema für Kindertageseinrichtungen. In einer Demokratie stehen alle Beteiligten vor der Frage, wie sie Macht (auch) in Kindertageseinrichtungen demokratisch gestalten können.

Die Bedeutung von Macht und die Notwendigkeit, Macht zu reflektieren, ist Gegenstand des vorliegenden Beitrages, der u. a. auf den Erfahrungen des Projekts *Die Kinderstube der Demokratie*¹ beruht. Wenn man die Bedeutung von Macht in der pädagogischen Arbeit in Kitas reflektieren will, muss man sich u. a. mit folgenden Fragen auseinander setzen:

- Warum geht es in der Pädagogik immer auch um Macht?
- Wo ist der Unterschied zwischen Macht und Gewalt/Zwang?
- Welche Anforderungen stellt ein demokratischer Umgang mit Macht an die pädagogischen Fachkräfte?
- Wie viel Macht haben die pädagogischen Fachkräfte selbst?

Warum geht es in der Pädagogik immer auch um Macht?

„Ich bin doch nicht mächtig! Das geht hier doch auch gar nicht um Macht, sondern um Pädagogik.“ So oder ähnlich äußern sich viele Fachkräfte in Kitas. Sie erleben sich in der Regel nicht als mächtig; Macht ist ihnen eher suspekt. Und doch ist Macht in der pädagogischen Arbeit allgegenwärtig. Häufig wird dieses erst deutlich, wenn sich die pädagogischen Fachkräfte systematisch mit Partizipation auseinandersetzen. Wenn die Rechte von Kindern auch strukturell verankert werden sollen, kommt immer wieder die bange Frage: „Können die Kinder denn jetzt mit ihrer Mehrheit all unsere Entscheidungen überstimmen?“

In allen pädagogischen Settings – auch in Kindertageseinrichtungen – verfügen die Erwachsenen zunächst über mehr Macht als die Kinder. Pädagogische Beziehungen sind immer durch „ungleiche“ Machtverhältnisse gekennzeichnet. Die Erwachsenen sind stärker als Kinder, sie verfügen über mehr Wissen darüber, wie die Welt funktioniert, sie haben mehr Erfahrungen und können mehr als Kinder. Gerade junge Kinder sind aufgrund der „Erziehungstatsache“² (Bernfeld) elementar auf mächtige Erwachsene angewiesen. Umso wichtiger ist es, dass die pädagogischen Fachkräfte sich ihrer Macht bewusst sind und diese reflektiert einsetzen.

Erwachsene müssen ihre Macht reflektiert einsetzen

Wie viel Macht pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen über die Kinder haben, wird deutlich, wenn man sich systematisch mit der Frage auseinandersetzt, welche Entscheidungen alltäglich in der Einrichtung getroffen werden, wie Entscheidungsprozesse hier stattfinden und wie Kinder in diese Entscheidungen einbezogen werden. Dabei kann es um alltägliche Dinge gehen, wie die Entscheidungen darüber, was das einzelne Kind anzieht und was, wie viel und wann es isst, um die gemeinsame Planung von Projekten und Aktivitäten oder um die „großen“ Entscheidungen über Personal oder Finanzen. Die Frage nach der Macht meint in diesem Zusammenhang: Wer hat welche Chance, „den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“ (Weber 1976, S. 28) Wenn man Kinder an Entscheidungen beteiligt, ist dies immer mit einer (teilweisen) Abgabe von Macht an sie verbunden.

¹ Siehe auch TPS Heft 2/2009, S. 46–50.
Handbuch zu dem Konzept: Rüdiger Hansen, Raingard Knauer, Benedikt Sturzenhecker: Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern? Verlag das Netz, 2011. Weimar-Berlin.

² Die „Erziehungstatsache“ verweist darauf, dass Kinder zugewandte und unterstützende Erwachsene existenziell brauchen, weil sie biologisch auf Zuwendung und Erziehung angewiesen sind und weil auch die Gesellschaft für ihren Bestand sichergehen muss, dass die nachfolgende Generation mit den Normen und Werten der Gesellschaft vertraut gemacht wird – allerdings mit Möglichkeiten von Veränderung (vgl. Bernfeld 1973).

Auf einen BLICK

Einerseits sind gesellschaftliche Verhältnisse ohne Machtanteile nicht denkbar, andererseits ein demokratisches Miteinander nicht ohne Partizipation. Das Thema Macht ist den Fachkräften in Kindertageseinrichtungen häufig fremd und unangenehm. Dabei wird gerade in der Pädagogik viel Macht ausgeübt, meist aber weder von den Erwachsenen noch von den Kindern als solche wahrgenommen. Umso wichtiger ist es, dass die pädagogischen Fachkräfte sich ihrer Macht bewusst sind und sie reflektiert einsetzen. Dabei muss zwischen Macht und Gewalt/Zwang unterschieden werden. Ein demokratischer Umgang mit Macht muss legitimiert sein und braucht Partizipation – als Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog und als strukturell verankertes Recht. Dennoch kann es in der Kita zum Einsatz von Zwang kommen, wenn Kinder vor Schaden geschützt werden müssen.

Im Rahmen einer Fortbildung nach dem Konzept Die Kinderstube der Demokratie überlegt das Team: Was sollen die Kinder auf jeden Fall selbst entscheiden oder mitentscheiden und was sollen die Kinder auf keinen Fall selbst entscheiden oder mitentscheiden? In der Diskussion werden schnell die Befürchtungen deutlich, die die Fachkräfte haben, wenn sie Entscheidungsmacht abgeben. Ihnen wird bewusst: „Wenn wir Partizipation ernst meinen, dann müssen wir auch Entscheidungen der Kinder akzeptieren, die von unserer Meinung abweichen. Die Arbeit wird dann viel offener. Wir können nicht mehr alles regeln.“ Dieser Aspekt weckt in vielen Fachkräften auch Befürchtungen bezüglich eines möglichen Kontrollverlustes.

Man kann nicht Partizipation ermöglichen und gleichzeitig alles „in der Hand“ behalten wollen. Ohne Machtabgabe ist eine Beteiligung der Kinder nicht möglich. Daher beginnt Partizipation in den Köpfen der Erwachsenen mit dem Nachdenken darüber, wie welche Macht abgegeben oder geteilt werden soll. Dabei kann Macht unterschiedlich durchgesetzt werden. Die Macht Erwachsener konkretisiert sich nicht nur, wenn Entscheidungen ohne Kinder gefällt werden. Es gibt auch andere Möglichkeiten, die eigenen Interessen durchzusetzen, vor allem weil die Kinder den Erwachsenen meist mit großer Zuneigung begegnen.

„Auf der letzten Teamsitzung haben wir besprochen, wobei wir die Kinder stärker mitentscheiden lassen wollen. Einige Kolleginnen wurden bei dem Gedanken, nicht mehr selbst entscheiden zu können, unsicher. Das geht mir eigentlich ganz anders. Ich weiß ja, dass ich im Notfall die Kinder immer dazu bringen kann, in meinem Sinne zu entscheiden. Schließlich mögen mich die Kinder ja und wissen, dass ich nur das Beste für sie will.“

Hier wird deutlich, dass Machtanwendung von Erwachsenen gegenüber Kindern ganz unterschiedlich ausgeübt werden kann. Erwachsene sind mächtig, indem sie (vgl. hierzu genauer Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011):

- die Umwelt der Kinder gestalten und verändern (Handlungs- oder Gestaltungsmacht), z. B. bei der Planung des Tagesablaufs, der Vorbereitung des Raums, der Entscheidung für bestimmte Themen von Projekten etc.
- Zugriff auf Ressourcen haben, die sie den Kindern zugestehen oder verweigern können (Verfügungsmacht), z. B. wenn sie bestimmen, welchem Kind sie eine Schere geben, wie viele Stück Kuchen jedes Kind bekommt etc.
- die Meinungsbildung der Kinder nachhaltig beeinflussen (Definitions- oder Deutungsmacht), z. B. indem sie Ausdrucksformen von Kindern beurteilen oder kommentieren etc.
- Kinder dazu bringen, ihre eigenen Anliegen zu unterstützen (Mobilisierungsmacht), z. B. wenn sie wie im obigen Beispiel Kinder zu etwas überreden indem sie deren persönliche Zuneigung nutzen.

Dass ihr Handeln in diesen Fällen „mächtiges Handeln“ ist, ist den Fachkräften dabei häufig gar nicht bewusst – sind sie den Kindern doch in liebevoller Fürsorge zugetan und interpretieren ihr Handeln nicht aus einer Perspektive von Macht, sondern von Zuneigung. So waren Fachkräfte auch in den Fortbildungen im Projekt *Die Kinderstube der Demokratie* immer wieder erschrocken, wenn sie darüber nachdachten, in wie vielen Situationen sie mächtig sind. Macht zu haben, ist für sie zunächst nichts Anzustrebendes. Dabei vergessen sie, dass Macht aus gesellschaftlichen Beziehungen nicht wegzudenken und auch in der Pädagogik notwendig ist. Die Herausforderung besteht darin, das pädagogische Machtverhältnis demokratisch zu gestalten. Dafür ist es hilfreich, die Unterscheidung zwischen Macht und Gewalt bzw. Zwang näher zu beleuchten.

Wo ist der Unterschied zwischen Macht und Gewalt/Zwang?

Dass Macht von pädagogischen Fachkräften häufig kritisch gesehen wird, hängt auch damit zusammen, dass sie oft mit ihrem Missbrauch in Verbindung gesetzt wird, bzw. mit Gewalt oder Zwang.³ Indem sie Macht von Gewalt unterscheidet, entwirft Hannah Arendt einen positiven Machtbegriff, der auch für die Reflexion pädagogischer Verhältnisse hilfreich ist. Sie betont: Über Macht verfügt jemand nur so lange, wie der Andere oder die Gemeinschaft diese Macht anerkennen (Arendt 1970, S. 45). Über Macht verfügt nie jemand von sich aus, sie kann ihm nur von einer Gruppe zugebilligt werden. Entzieht die Gemeinschaft ihm ihre Zustimmung, wird er ohnmächtig. Will er dennoch seinen Willen durchsetzen, muss er zur Gewalt bzw. zu Zwang greifen und ist dabei auf „Werkzeuge“, also Gewaltmittel wie körperliche Kraft, psychische Überlegenheit oder Ähnliches angewiesen. Auch in Kindertageseinrichtungen ist die Macht, die Erwachsene gegenüber Kindern grundsätzlich haben, in der Regel dadurch legitimiert, dass die Kinder den Erwachsenen diese Macht zugestehen. Dass Erwachsene mächtiger sind als sie, ist den Kindern meist so selbstverständlich, dass sie gar nicht auf die Idee kommen, diese Macht infrage zu stellen. Genau dies ist der Grund, warum in Kindertageseinrichtungen die Macht der Erwachsenen häufig weder von den Erwachsenen noch von den Kindern als solche wahrgenommen wird.

„Die pädagogische Arbeit in einer Kita basiert ja darauf, dass zwischen Kindern und Erwachsenen Bindung entsteht. Eine vertrauensvolle Beziehung ist doch die Voraussetzung für den Erfolg unserer Arbeit“, betont die Leiterin einer Kindertageseinrichtung. „Und das Vertrauen der Kinder in uns kann ich nicht befehlen oder erzwingen. Vertrauen zwischen Erwachsenen und Kindern kann eigentlich nur entstehen, wenn beide, Kinder und Erwachsene, dies entwickeln. Letztlich sind wir Fachkräfte davon abhängig, dass die Kinder uns akzeptieren und mögen, um unsere Arbeit gut machen zu können.“

Und doch verfügen die Fachkräfte über legitime Macht nur so lange, wie die Kinder die Machtausübung der Erwachsenen hinnehmen oder zumindest keinen Widerstand leisten. Akzeptieren die Kinder die Machtausübung nicht mehr, dann werden die Erwachsenen ohnmächtig und können ihre Anliegen gegen den Willen der Kinder letztlich nur mit Gewalt durchsetzen. Der Grat zwischen legitimer Machtausübung von Erwachsenen und Gewalt oder Zwang durch die Fachkräfte ist also auch in Kindertageseinrichtungen schmal.

Der Grat zwischen legitimer Machtausübung und Gewalt oder Zwang ist schmal.

Dass Kinder Erwachsenen gegenüber relativ selten Widerstand leisten, liegt vor allem in der Besonderheit der pädagogischen Beziehung in Kindertageseinrichtungen aufgrund des jungen Alters der Kinder.

Zum Nachtisch gibt es Obst. Auf dem Tisch steht eine große Schüssel Erdbeeren. Den Fachkräften ist es wichtig, dass die Kinder möglichst viel probieren, bevor sie eine Speise ablehnen. Als die Erzieherin der 3-jährigen Mariele eine Erdbeere anbietet, schüttelt das Kind den Kopf. Sie signalisiert deutlich, dass sie die Erdbeere nicht essen will. Die Erzieherin bittet Mariele freundlich doch wenigstens zu probieren – „ihr zuliebe“. Mariele überlegt lange – und isst dann eine Erdbeere, allerdings mit sichtbarem Unbehagen.

In diesem Beispiel wird deutlich, dass Kinder sich aus Zuneigung zu den Erwachsenen häufig zu Dingen überreden lassen, die sie eigentlich nicht wollen – und die vielleicht auch gar nicht gut für sie sind. Die Erzieherin hat in diesem Beispiel die Zuneigung von Mariele ausgenutzt, um sie zu manipulieren und so ihren Willen (die Kinder sollen alles probieren) mit Macht durchzusetzen. Die erwachsene Mobilisierungsmacht hier einzusetzen und Kinder zu überreden Dinge zu probieren, die sie ablehnen, kann für Kinder auch gesundheitlich problematische Folgen haben. Damit stellt sich die Frage, wie ein demokratischer Umgang mit der Macht der Fachkräfte gelingen kann.

³ Da Gewalt häufig mit körperlicher Gewalt gleichgesetzt wird, spricht man in der Pädagogik auch von Zwang, der umfassender ist und auch psychische Gewalt mit einschließt.

Welche Anforderungen stellt ein demokratischer Umgang mit Macht an die Fachkräfte?

Ein demokratischer Umgang mit Macht bedeutet zunächst einmal die Machtverhältnisse in der Einrichtung überhaupt als solche wahrzunehmen und zu reflektieren. Am Anfang steht die Erkenntnis des Teams, dass die pädagogischen Fachkräfte über Macht verfügen.

„Wie viel Macht wir Erwachsene in der Kita haben, wurde mir eigentlich erst klar, als wir mögliche Themen, zu denen Kinder mitentscheiden können, gesammelt haben,“ erzählt eine Erzieherin. „Ich war richtig erschrocken, als mir klar wurde, wie häufig wir über die Köpfe der Kinder hinweg entscheiden und unsere Interessen einfach durchsetzen. Vielleicht haben die Kinder ja auch ganz andere Ideen und Wünsche.“

In einer Demokratie wird die Macht der Herrschenden dadurch legitimiert, dass die Bürgerinnen und Bürger das Recht darauf haben, ihre Interessen in öffentlichen Debatten einzubringen und an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Analog verlangt ein demokratischer Umgang mit Macht auch in Kindertageseinrichtungen, Kindern im Alltag reale Chancen zu geben, ihre Interessen wahrzunehmen, mit ihren Mitteln artikulieren zu können und Entscheidungsprozesse zu gestalten, in denen sie real Einfluss nehmen können. Mit anderen Worten: Ein demokratischer Umgang mit Macht braucht Partizipation – als Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog und als strukturell verankertes Recht. Insbesondere die Erarbeitung und Einführung einer Kita-Verfassung (vgl. Hansen 2005) eröffnet einen solchen demokratischen Umgang mit Macht, weil hier vom Team verbindlich festgelegt wird, welche Rechte Kinder in der Einrichtung haben und wie sie diese einfordern können.

Ein demokratischer Umgang mit Macht braucht Partizipation.

Konsequent umgesetzt kann durch strukturell verankerte Partizipation für die Fachkräfte eine völlig andere Perspektive auf ihr pädagogisches Handeln entstehen. Wenn sie Macht abgeben und immer stärker Entscheidungen gemeinsam mit den Kindern fällen, sind sie nicht mehr die Fachleute für Lösungen, die wissen was richtig ist und dieses letztlich durchsetzen. Sie sind vielmehr Fachleute für die Gestaltung gemeinsamer Wege. (Kupffer 1980, S. 20)

„Eigentlich hat sich mein ganzes berufliches Handeln verändert“, resümiert eine Erzieherin nach einer Teamfortbildung zu Partizipation. Während ich früher immer für die Kinder gehandelt habe und manchmal nicht wusste, wo mir der Kopf steht, und ich immer das Gefühl hatte, nicht jedem Kind ausreichend gerecht werden zu können, bin ich heute viel ruhiger. Ich plane und entscheide viel mehr mit den Kindern, statt immer selbst Lösungen zu suchen. Gestern kam Max zu mir mit der Beschwerde, er fände es doof, dass wir einen Ausflug in den Wald machen wollten. Früher hätte ich mit Max geredet und versucht herauszufinden, was ich machen muss, damit auch er diesen Ausflug gut findet. Heute gebe ich das Problem einfach zurück: „Frag‘ doch mal die anderen Kinder, ob auch noch andere diesen Ausflug doof finden.“ Das hat er dann gemacht – und tatsächlich gab es noch fünf andere Kinder, die eigentlich nicht mitwollten. Dann haben wir die Kinder gefragt, ob sie eine Idee hätten, was man da machen kann. Die Kinder haben lange diskutiert. Als Lösung haben sie dann gefunden: Wir stimmen die Ausflugsziele ab. Die Kinder, die „verloren“ haben, dürfen aber das nächste Mal Vorschläge machen, wo sie hinwollen.“

Diese Veränderungen konnten wir in vielen Kindertageseinrichtungen, die Teamfortbildungen nach dem Konzept *Die Kinderstube der Demokratie* gemacht haben, beobachten. Dadurch, dass Kinder in die Problemfeststellung, -diskussion und -lösung verantwortlich eingebunden waren, wurden Themen, die früher vor allem für die Fachkräfte anstrengend waren, plötzlich zu gemeinsamen Aufgaben.



Abstimmungsprozess vor Ort, mit dem Inhalt, welche Funktionsbereiche erhalten und welche verändert werden sollen.

Zwang muss erklärt werden

Und doch können pädagogische Fachkräfte in Situationen kommen – und sie geraten tatsächlich immer wieder in solche – wo sie Entscheidungen gegen den ausdrücklichen Willen von Kindern durchsetzen und damit Zwang oder Gewalt anwenden müssen.

„Der einjährige Marco hat Durchfall. Der breiige Stuhl quillt aus der Windel und hinterlässt Spuren auf dem Teppichboden. Als die Erzieherin ihn anspricht und zum Wickeln hochnehmen will, zeigt er deutlich, dass er nicht gewickelt werden will. Die Erzieherin ist in einem Dilemma. Einerseits haben sie im Team verabredet, Kinder nicht gegen ihren Willen zu wickeln, andererseits ist deutlich, dass mit größeren Verschmutzungen zu rechnen ist, wenn sie nichts unternimmt. Sie entscheidet sich, Marco gegen seinen Willen zu wickeln – unter Anwendung körperlichen Zwangs. Dabei bemüht sie sich aber, ihre körperliche Kraft – also den von ihr angewandten Zwang möglichst behutsam einzusetzen.“

„Gewalt“, so sagt Hannah Arendt, „kann gerechtfertigt, aber niemals legitimiert sein.“ (Arendt 1970, S. 53) Wie können pädagogische Fachkräfte gegebenenfalls notwendigen Zwang rechtfertigen? Der Politikwissenschaftler und Philosoph Rainer Forst argumentiert, dass Gerechtigkeit fordert, willkürliche Herrschaft zu vermeiden. In diesem Zusammenhang spricht er von einem „Recht auf Rechtfertigung“ (Forst 2007, S. 278ff.). Für Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen meint dies, dass sie den Kindern ihr gewaltsames Handeln nicht nur erklären, um so im günstigsten Fall im Nachhinein Zustimmung dafür zu erhalten, sondern dies z. B. auf Teamsitzungen in einem öffentlichen Diskurs hinterfragen. So bespricht auch die Erzieherin im obigen Beispiel ihr „Zwangswickeln“ auf der nächsten Teamsitzung. Die Fachkräfte kommen zu der Absprache, dass Kinder auch gegen ihren Willen gewickelt werden können, wenn die Ausscheidungen drohen, die Einrichtung zu verschmutzen. Sie betonen aber noch einmal, dass es wichtig ist, vorher möglichst viele andere Möglichkeiten ausgelotet zu haben und das Kind so wenig wie möglich „gewaltsam“ festzuhalten. Für die Fachkräfte bleibt aber das allen pädagogischen Settings eigene Dilemma erhalten, dass es sich in solchen Fällen nicht um demokratisch legitimierte Macht handelt.

Literatur

Arendt, Hannah (1970) : Macht und Gewalt. München, Zürich

Forst, Rainer (2007) : Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main.

Hansen, Rüdiger (2005) : Die verfassungsgebende Versammlung in der Kindertageseinrichtung. KiTa spezial 4 : S. 15–18

Hansen, Rüdiger/Knauer, Rainard/Friedrich, Bianca 2004 : Die Kinderstube der Demokratie. Partizipation in Kindertageseinrichtungen. Kiel

Hansen, Rüdiger/Knauer, Rainard/Sturzenhecker, Benedikt (2011) : Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern ! Weimar, Berlin

Kupffer, Heinrich (1980) : Erziehung – Angriff auf die Freiheit. Essays gegen Pädagogik, die den Lebensweg des Menschen mit Hinweisschildern umstellt. Weinheim, Basel







5 Anhang

5.1. Hinterfragen der eigenen Haltung und der des Teams

Aus: Kindergarten heute, Partizipation in der Kita, 4. Auflage 2014, S. 18 ff

- Kann ich mein Erwachsenenwissen in den Beteiligungsprozessen zurückhalten?
- Kann ich Lösungsideen der Kinder „hören“ und auf sie eingehen?
- Halte ich es aus, dass Kinder aus meiner Erwachsenenperspektive falsche Wege gehen?
- Betrachte ich Fehler als eine Chance, etwas Neues entstehen zu lassen?
- Halte ich es aus, dass nicht mehr alles so genau und langfristig planen kann?
- Halte ich es aus, den Kindern keine Lösungsvorschläge zu machen?
- Vermeide ich es, die Kinder zu korrigieren, wenn sie „falsche“ Wege einschlagen?
- Halte ich die Auseinandersetzungen zwischen den Kindern aus, oder greife ich ein, bevor es zum Streit kommt?
- Welche Möglichkeiten haben die Kinder, sich an vielfältigen Entscheidungen im Alltag zu beteiligen?
- Gibt es für die Kinder Möglichkeiten, ihre Bedürfnisse und Interessen auszuhandeln und Veränderungen zu bewirken?
- Können die Kinder die Strukturen in der Gruppe verändern?
- Gibt es festgelegte Formen der Beteiligung und Entscheidungsrechte in der Einrichtung?
- Wissen die Kinder über ihre Entscheidungsrechte Bescheid?

5.2. Partizipation als Stufenmodell

Stufen der Beteiligung nach Roger Hart (1992) und Wolfgang Gernert (1993)

1. *Fremdbestimmt* | Nicht Beteiligung sondern Manipulation: Sowohl Inhalte als auch Arbeitsformen und Ergebnisse eines Projektes sind hier fremd definiert. „Beteiligte“ Kinder und Jugendliche haben keine Kenntnisse der Ziele und verstehen das Projekt selbst nicht. (Beispiel: Plakate auf einer Demonstration tragen)
2. *Dekoration* | Kinder und Jugendliche wirken auf einer Veranstaltung mit, ohne genau zu wissen, warum sie dies tun oder worum es eigentlich geht. (Beispiel: Singen oder Vortanzen auf einer Erwachsenenveranstaltung)
3. *Alibi-Teilnahme* | Kinder und Jugendliche nehmen an Konferenzen teil, haben aber nur scheinbar eine Stimme mit Wirkung. Die Kinder und Jugendlichen entscheiden jedoch selbst, ob sie das Angebot wahrnehmen oder nicht. (Beispiel: Hierunter können Vereinsveranstaltungen, Stadtteilgremien aber auch Kinderparlamente fallen.)
4. *Teilhabe* | Kinder und Jugendliche können ein gewisses sporadisches Engagement der Beteiligung zeigen. (Beispiel: wie Punkt 3 – nur mit erweiterten Teilhabemöglichkeiten)
5. *Zugewiesen, aber informiert* | Ein Projekt ist von Erwachsenen vorbereitet, die Kinder und Jugendlichen sind jedoch gut informiert, verstehen, worum es geht, und wissen, was sie bewirken wollen. (Beispiel: Schulprojekte zu unterschiedlichen Themen)

6. *Mitwirkung* | Indirekte Einflussnahme durch Interviews oder Fragebögen: Bei der konkreten Planung und Realisation einer Maßnahme werden Kinder und Jugendlichen angehört oder befragt, haben jedoch keine Entscheidungskraft. (Beispiel: Projekte kommunaler Stadtteilentwicklung)

7. *Mitbestimmung* | Beteiligungsrecht: Kinder und Jugendliche werden tatsächlich bei Entscheidungen einbezogen. Die Idee des Projektes kommt von Erwachsenen, alle Entscheidungen werden aber gemeinsam und demokratisch mit den Kindern und Jugendlichen getroffen. (Beispiel: Projekte kommunaler Stadtteilentwicklung mit verankerten Beteiligungsrechten)

8. *Selbstbestimmung* | Auf dieser Stufe wird z.B. ein Projekt von den Kindern und Jugendlichen selbst initiiert. Diese Eigeninitiative wird von engagierten Erwachsenen unterstützt oder gefördert. Die Entscheidungen treffen die Kinder und Jugendlichen selbst; Erwachsene werden gegebenenfalls beteiligt und tragen die Entscheidungen mit.

9. *Selbstverwaltung* | Selbstorganisation: Kinder und Jugendlichen haben völlige Entscheidungsfreiheit über das Ob und Wie eines Angebotes und handeln aus eigener Motivation. Entscheidungen werden den Erwachsenen lediglich mitgeteilt. (Beispiel: Jugendverband)

5.3. Prüfsteine zur qualifizierten Partizipation

Brunseman, Stange und Tiemann sowie Frädrich und Jerger-Bachmann zählen Prinzipien, bzw. Grundbedingungen auf, die man als „Checkliste“ begreifen kann:

1. *Über- und Unterforderung*
 - Bsp.: Sollte nicht eine ganze Stadt oder Globus betreffen. Gestaltung der unmittelbaren Lebenswelt.
2. *Freiwilligkeit*
3. *Ernstcharakter, Akzeptanz und Umgang*
 - keine leeren Versprechungen
4. *Kommunikative Kompetenz*
 - so informieren, dass Inhalt verstanden wird
5. *Kooperative Kompetenz und Planung*
 - von Anfang an alle Beteiligten mit einbeziehen
6. *Zeitnahe Umsetzung*
7. *Zusammensetzung der Zielgruppe und Repräsentativität*
 - Beteiligungsprojekte sollten auch Unerfahrenen offenstehen
 - offen für Kinder beiderlei Geschlechts, aus unterschiedlichen Milieus, unterschiedlicher Nationalität, verschiedenen Schulen und Fähigkeiten
8. *Expertenschaft von Kindern*
9. *Wandelbarkeit und Lebendigkeit*
 - veränderbare Umwelten, die den sich ändernden Bedürfnissen der Kinder angepasst werden können
10. *Echter Mitbestimmungscharakter*
 - siehe Stufenmodell

5.4. Autorenverzeichnis

Reingard Knauer

Diplom-Sozialpädagogin und Diplom-Pädagogin ; Professorin an der FH Kiel im Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit. Mitentwicklerin des Konzeptes „Die Kinderstube der Demokratie“.

Rüdiger Hansen

Diplom-Sozialpädagoge und Moderator für kinderfreundliches Planen und Beteiligungsprozesse in Kindertageseinrichtungen im Institut für Partizipation und Bildung (IPB) Kiel.

Tanja Tarrach

Erzieherin, Dipl. Sozialpädagogin. Fachberaterin für die Häuser der SEA Päiperlé! asbl. Freiberufliche Referentin mit verschiedenen Themenschwerpunkten sowie Konzentrations- und Entspannungstrainerin.

Claude Bodeving

Diplom-Psychologe, Conseiller de direction 1^{re} classe. Service National de la Jeunesse.

Publications éditées par le SNJ

Les documents de la série «**Pädagogische Handreichung**» et de la série «**Etudes et conférences**» sont disponibles en ligne : www.snj.lu

Pour une version papier, envoyez un courriel à : formationcontinue@snj.lu

Série «Pädagogische Handreichung»

Dernière parution :



Thema «Jugendliche und Alkohol» in der Jugendarbeit
CepT 2015

Autres parutions :

Bildung für nachhaltige Entwicklung für Kinder und Jugendliche

SNJ ; SCRIPT ; Ministère de l'Education nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse, 2014.

Gesunde Ernährung im Jugendhaus

SNJ, Ministère de l'Education nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse ; Ministère de la Santé. 2014

A table. L'expérience du buffet comme modèle de restauration dans les maisons relais

Arcus a.s.b.l. 2013

Handbuch Offene Jugendarbeit in Luxemburg

SNJ, Ministère la Famille et de l'Intégration ; Entente des gestionnaires des maisons de jeunes a.s.b.l. 2013

Aufsuchende Jugendarbeit

SNJ 2013

Mädchenarbeit in den Jugendhäusern

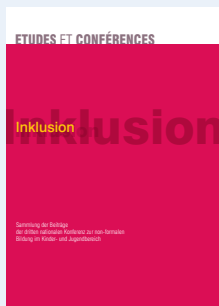
SNJ 2012

Jugendarbeit für alle

SNJ. Eine Handreichung zur interkulturellen Öffnung der Jugendarbeit. 2011

Série «Etudes et conférences»

Dernière parution :



Inklusion

SNJ ; Ministère de l'Education nationale,
de l'Enfance et de la Jeunesse. 2015

Autres parutions :

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

SNJ ; Ministère de l'Education nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse. 2014

Bildung im außerschulischen und außerfamiliären Kontext

SNJ ; Ministère de l'Education nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse. 2014

Jugendliche Risikologen im Übergang zwischen Schule und Beruf

SNJ ; Université du Luxembourg, 2013.

Jugendlichen im öffentlichen Raum

SNJ ; Syvicol ; Ordre des Architectes et des Ingénieurs-conseils. 2013

Jugend mit und ohne Gewalt. Wie gewalttätig ist unsere Jugend ?

Handlungsorientierte Ansätze der Gewaltprävention in Schule und Jugendarbeit. SNJ ; SCRIPT. 2010

Edité par :



**Service National
de la Jeunesse**

En collaboration avec :



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Éducation nationale,
de l'Enfance et de la Jeunesse